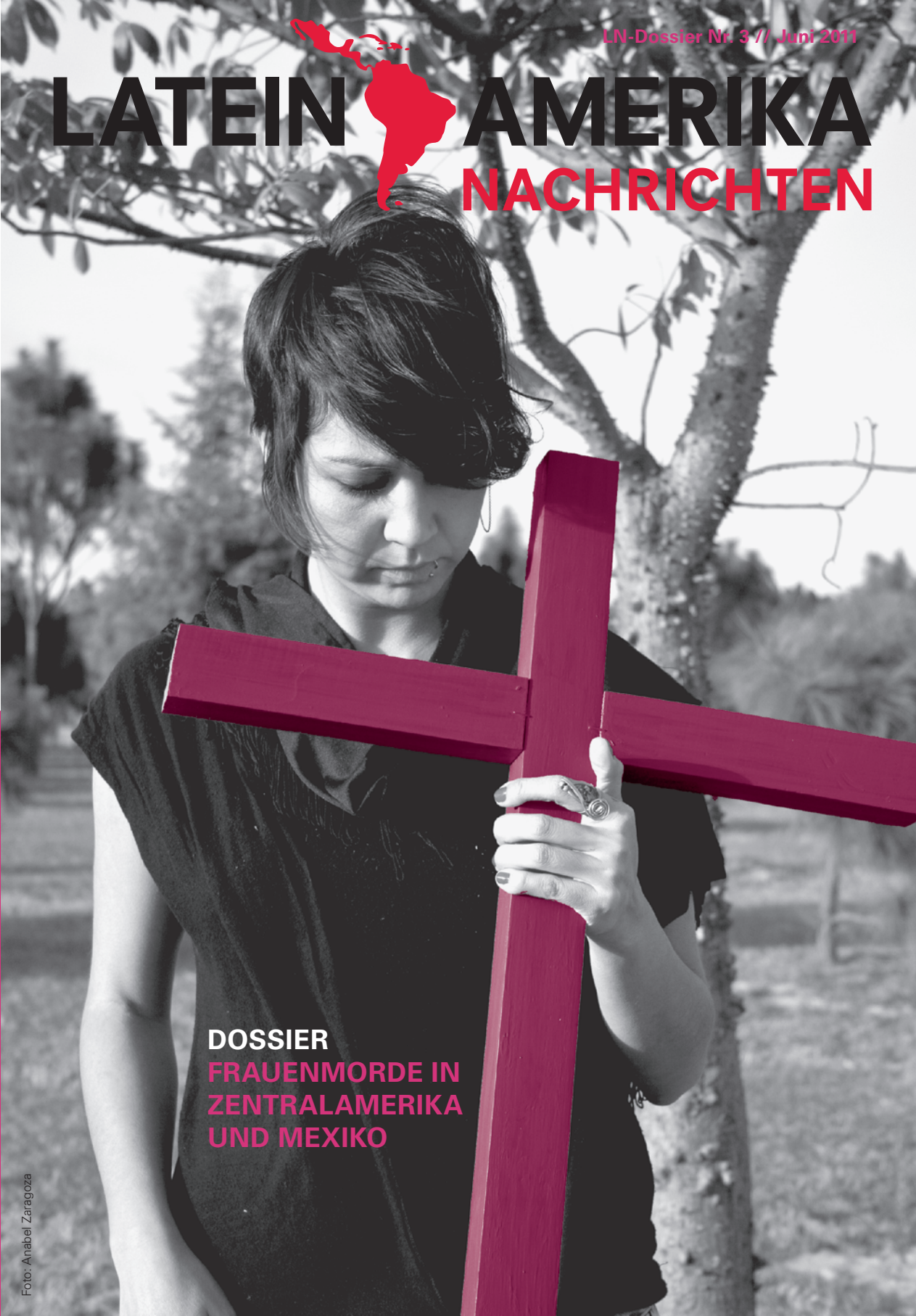
LN-Dossier Nr. 3 // Juni 2011

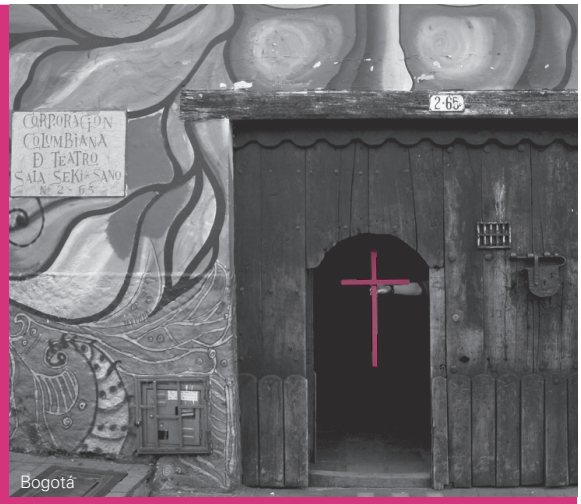
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN



DOSSIER
FRAUENMORDE IN ZENTRALAMERIKA UND MEXIKO

Foto: Anabel Zaragoza

Grenze Mexiko-USA



Bogotá

Oaxaca

La Paz, Baja California

// INHALT

1 **Ermordet weil sie Frauen sind** // Noch immer bleibt Gewalt an Frauen in Mexiko und Zentralamerika weitgehend unbestraft. Solange die Gesellschaft schweigt, ändert sich nichts

5 **„Das organisierte Verbrechen ist Teil des Staates“** // Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Imelda Marrufo und der Anwältin Andrea Medina

8 **Hilfe zur Selbsthilfe** // Im südmexikanischen Oaxaca werden indigene Frauen zu juristischen Beraterinnen ausgebildet

12 **Eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft** // In Guatemala liegen viele Ursachen für Gewalt gegen Frauen in der Geschichte des Bürgerkriegs begründet

15 **Schlingerkurs bei Frauenrechten** // El Salvador zwischen progressivem Gesetz zu Gewalt gegen Frauen und reaktionärem Abtreibungsverbot

18 **„Weil wir Frauen sind“** // Liedtext der honduranischen Feministin und Sängerin Karla Lara

20 **Wer schweigt, macht sich zum Mittäter** // In Nicaragua steigt die Zahl der Frauenmorde bedenklich an

23 **„Ich krächze die Namen der Täter heraus“ //** Interview mit der nicaraguanischen Feministin Yamileth Chavarría

ERMORDET WEIL SIE FRAUEN SIND

NOCH IMMER BLEIBT GEWALT AN FRAUEN IN MEXIKO UND ZENTRALAMERIKA WEITGEHEND UNBESTRAFT. SOLANGE DIE GESELLSCHAFT SCHWEIGT, ÄNDERT SICH NICHTS

In Zentralamerika und Mexiko werden Frauen (all)täglich Opfer von Gewalt. In den noch immer machistisch geprägten Gesellschaften der Region werden jährlich Hunderte Frauen getötet – weil sie Frauen sind. Weit mehr werden Opfer von häuslicher Gewalt und Diskriminierung im Alltag. Staat und Justiz bieten den betroffenen Frauen nur ungenügend Schutz und Unterstützung. Ein Großteil der Täter bleibt unbestraft. Doch starke Frauenrechtsorganisationen finden sich damit nicht ab und kämpfen gegen die bestehenden Gewaltstrukturen sowie die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft.

Mexiko-Stadt

Sie werden diskriminiert, geschlagen, vergewaltigt und oft sogar getötet. Für einen Großteil der Frauen in Zentralamerika und Mexiko gehört psychische und/oder physische Gewalt zum Alltag – und das oftmals von klein auf. Viele Mädchen und Frauen kennen es nicht anders; widerfährt doch ihren Müttern, Schwestern und Freundinnen oftmals das Gleiche. In den noch immer patriarchal und machistisch geprägten Gesellschaften Lateinamerikas gehört Gewalt gegen Frauen zum Alltag.

Weltweit werden jedes Jahr zwei bis drei Millionen Frauen ermordet, weil sie Frauen sind. Laut den Vereinten Nationen gehört Zentralamerika dabei zu den Regionen, in denen es am häufigsten zu Femizid und Gewalt gegen Frauen kommt. Der so genannte Femizid ist nicht „einfach nur" ein anderes Wort für den Mord an einer Frau. Von Femizid (auf spanisch *Feminicidio* oder *Femicidio*; siehe zur Definition den Kasten in dieser Einleitung) wird gesprochen, wenn Männer Frauen aufgrund ihres Geschlechts töten. Oft werden die Opfer zuvor brutal misshandelt und vergewaltigt. Mit inbegriffen in der Definition ist die staatliche Duldung und Förderung dieser Verbrechen.

In El Salvador wurden beispielsweise laut einer Statistik der Nationalen Polizei, die Amnesty International in ihrem Menschenrechtsbericht 2011 dokumentiert, im Jahr 2010 477 Frauenmorde registriert, in Guatemala waren es laut AI-Bericht 565. Die Dunkelziffer dürfte indes in fast allen Ländern weitaus höher liegen, werden doch immer wieder Frauenmorde als Suizid oder andere Gewaltverbrechen vertuscht oder gar nicht erst angezeigt. Amnesty kritisiert darüber hinaus, dass gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Frauen in der Praxis häufig nicht angewendet wurden oder nicht dazu geeignet waren „Frauen zu schützen oder sicherzustellen, dass die Täter zur Verantwortung gezogen wurden."

Besondere internationale Aufmerksamkeit erfahren seit den 1990er Jahren die Frauenmorde im nordmexikanischen Ciudad Juárez. Allein hier wurden 2010 knapp 300 Frauen getötet. In der von Maquilaindustrie, Drogenhandel und Migration geprägten Stadt an der Grenze zur USA werden viele

FOTOSTRECKE

Symbolisch für die internationale Dimension sowohl des Femizids und dessen Ursachen als auch des Protests dagegen wurde auch die Fotostrecke ausgewählt, die das Dossier bebildert. Diese zeigt eine weltweit durchgeführte Protest- und Kunstaktion, die von der Organisation H.I.J.O.S. México Ende 2010 initiiert wurde. Die mexikanische Organisation von Söhnen und Töchtern politischer Verschwundener rief dazu auf, sich mit einem pinken Kreuz vor einem repräsentativen Punkt ihres Wohn- oder Aufenthaltsortes abzulichten, um gegen die Ermordung der Mexikanerin Marisela Escobedo zu protestieren. Diese war am 16. Dezember in Chihuahua, Nordmexiko, wahrscheinlich vom Mörder ihrer Tochter umgebracht worden. Menschen überall auf der Welt – von Rio de Janeiro, Madrid und Montevideo über Bogotá, Mexiko-Stadt, Jalisco und Vancouver bis London, Kambodscha und Neuengamme in Deutschland – fotografierten sich mit selbst gebastelten Pappkreuzen, rosa eingefärbten Fingern oder anderen Gegenständen, die zu pinken Kreuzen umfunktioniert wurden, um gegen die herrschende Straflosigkeit in Mexiko und anderswo zu demonstrieren. Und sich nicht in das weit verbreitete (gesellschaftliche) Schweigen über die Gewalt gegen Frauen einzureihen. Am 30. Januar dieses Jahres wurden die mehr als 150 Fotos, die H.I.J.O.S. México über das Internet erreichten, in einem symbolischen Akt gleichzeitig in Mexiko-Stadt und Ciudad Juárez den Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen übergeben.

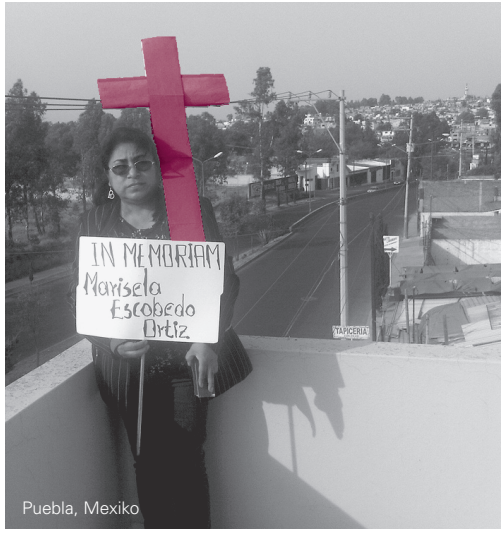
Die Fotos und mehr Informationen zu der Aktion unter: www.hijosmexico.org

der zumeist jungen Frauen vergewaltigt, misshandelt und verstümmelt an abgelegenen Orten in der Wüste gefunden. Ein Geflecht aus Drogenkartellen, Polizei und Politik scheint systematisch junge Frauen zu entführen und zu töten. Die Täter werden fast nie gefunden – zumeist aber auch nicht ernsthaft gesucht. Dank einer engagierten und gut vernetzten Frauenbewegung ist es gelungen, internationale Aufmerksamkeit auf die Frauenmorde in Ciudad Juárez zu lenken – auch wenn das noch lange kein Ende der Gewalt bedeutet.

Doch Ciudad Juárez ist trotz seiner traurigen Bekanntheit kein Einzelfall. In zentralamerikanischen Ländern wie Guatemala und El Salvador gehen die skandalös hohen Zahlen von Gewaltverbrechen an Frauen in der Regel auch nicht auf „mörderische Gewaltverbrecher der Drogenkartelle" auf der „Jagd nach Frauen", zurück, wie es in den Medien oft reißerisch dargestellt wird. Gewalt gegen Frauen findet – in Zentralamerika wie auch in Mexiko – vor allem innerhalb des direkten Umfelds der Betroffenen statt. Die meisten Frauenmorde werden von Angehörigen, wie dem Vater, einem (Ex-)Freund, Partner oder anderen Mann des familiären Umfelds der Frau begangen. Viele der Opfer sind junge Frauen aus ärmeren und bildungsfernen Schichten. Besonders in ländlichen Regionen stehen Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, meist ohne jegliche Unterstützung da.

Im vorliegenden Dossier widmen sich die *Lateinamerika Nachrichten* dem Femizid und der strukturellen, häuslichen Gewalt gegen Frauen in der gesamten Region Zentralamerika und Mexiko. Mit Beiträgen zu den verschiedenen Ländern sollen Besonderheiten der jeweiligen lokalen Kontexte und die verschiedenen Ursachen für die Frauen-

morde, aber gleichzeitig auch Parallelen der strukturellen Gewalt gegen Frauen in den Gesellschaften der Region aufgezeigt werden.
Eine Gemeinsamkeit ist, dass staatliche Behörden wie Polizei oder Justiz oft untätig bleiben. Obwohl die Zahl der Frauenmorde in allen Ländern der Region jährlich zunimmt, werden diese nicht in angemessener Form aktiv – Polizei und Richter schützen oftmals sogar die Täter anstatt die Opfer. Behörden dokumentieren Frauenmorde nicht oder lückenhaft, Beweise „gehen verloren", Anzeigen werden unzureichend aufgenommen und Zeugenaussagen in Frage gestellt. Hinzu kommt, dass die Berichterstattung in den Massenmedien oftmals den getöteten Frauen selbst die Schuld für ihren gewaltsamen Tod zuweist.
So kommt es, dass noch immer ein Großteil der Täter nicht bestraft, oft nicht einmal strafrechtlich verfolgt wird. Straflosigkeit jedoch senkt die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung nachweislich und so machen sich alle Staaten der Region zu Mittätern – sowohl an den grausamen Verbrechen als auch an den strukturellen Ungleichheiten, unter denen Frauen tagtäglich leiden. Keine Regierung der Region geht angemessen gegen Frauenmorde vor, auch wenn in El Salvador und Mexiko der Tatbestand des Femizids mittlerweile immerhin in die Strafgesetzgebung aufgenommen worden ist. Doch von einem juristisch durchdachten Gesetz ist es noch immer ein weiter Weg hin zu einer praktisch funktionierenden Strafverfolgung – und besonders zu (präventivem) Schutz der Frauen. Statt den Frauen Schutz zu bieten, werden Opfer von Gewalt oftmals stigmatisiert und ausgegrenzt. Staatliche Frauenhäuser gibt es kaum, schon gar nicht in den häufig besonders betroffenen ländlichen Regionen der Länder.
Wie kann es sein, dass Männer so weitgehend ungestraft Gewalt ausüben können? Dass Frauen ermordet werden und statt Hilfe Schuld zugewiesen bekommen? Dass Justiz und Polizei oft Täter statt Opfer schützen? Die Ursachen für diese Situation sind vielschichtig. Besonders staatliche Stellen innerhalb der Länder schieben die Gründe für die erschreckenden Zahlen der Frauenmorde meist auf die generell hohe Gewaltbereitschaft und Kriminalitätsrate in Zentralamerika und Mexiko. Ursachen dafür sehen sie in der durch Bürgerkriege gekennzeichneten Vergangenheit sowie den aktuell bestehenden Drogenkonflikten und der Kriminalität von Jugendbanden.
Darüber hinaus wird die Gewalt gegen Frauen von weiten Teilen der Gesellschaften in der Region oftmals heruntergespielt, ja als etwas normales betrachtet. Eben darin liegt aber der Unterschied zwischen generell hoher Gewaltbereitschaft und den Ursachen für die so weit verbreitete Gewalt gegen Frauen: Entscheidende Ursache des Femizids ist das noch immer von Macho-Denken und patriarchalen Strukturen geprägte Rollenverständnis in den Gesellschaften der Region. Das Bild der Frau ist geprägt von Unterordnung und Minder-



Puebla, Mexiko

Naucalpan, Mexiko

wertigkeit. Wird die patriarchalische Geschlechterrolle des Mannes und die daraus resultierende Machtverteilung zwischen den Geschlechtern infrage gestellt – sei es durch emanzipatorisches Verhalten oder eine Betätigung der Frauen, die ihnen wirtschaftliche Autonomie ermöglicht – ist die Gefahr groß, dass es zu Konflikten (innerhalb der Familien) und Gewaltanwendung kommt.

Wie stark diese Macho-Kultur noch immer in den Gesellschaften verwurzelt ist, lässt sich daran ablesen, welche Rollenbilder durch Musik, Internet, Radio, Zeitungen oder Fernsehen vermittelt werden. In der populären Musik beispielsweise wird – teilweise auch von Frauen selbst – in unglaublich diskriminierender, sexistischer Form von der Unterordnung der Frau unter den Mann gesungen. Diese werden auf ein Objekt, das „dem Mann zu dienen hat" reduziert. Auch Fernsehen, Internet und Werbung vermitteln ununterbrochen Rollenbilder, die den Mann als das starke Geschlecht darstellen, der zur Durchsetzung seines Willens Gewalt anwenden darf.

Die Berichterstattung in Zeitungen und Radiosendungen, die ohnehin nur spärlich zum Thema Gewalt gegen Frauen stattfindet, stößt ebenfalls weitestgehend in dasselbe Horn: Weiblichen Opfern von Gewalt wird die Schuld an den Verbrechen zugewiesen. Die Medien präsentieren ihre Geschichten eher als blutige Horrorgeschichten, anstatt dass sie über die gesellschaftlichen Hintergründe berichten und die Menschen für die noch immer bestehende Ungleichheit sensibilisieren würden.

Es sind die Frauen selbst, die sich nicht abfinden mit dieser Situation der Ungleichheit und Demütigung. Daher legt das Dossier sein Augenmerk vor allem auf die Aktivistinnen und ihre Strategien, gegen Gewalt und Diskriminierung im Alltag vorzugehen. Engagierte Feministinnen und Frauenrechtsorganisationen machen seit Jahren lautstark auf die steigenden Frauenmordraten in ihren Ländern aufmerksam. Oftmals begleitet von Anfeindungen und Morddrohungen arbeiten unzählige Frauen in Zentralamerika und Mexiko daran, den Opfern von Gewalt eine Stimme zu geben. Sie führen Frauenmorde in unabhängigen Registern auf, begleiten die Angehörigen im Kampf mit den Behörden und versuchen, durch Proteste und Kampagnen die Gesellschaft zu sensibilisieren.

So wollen wir vor allem Menschen und Organisationen vorstellen, deren tägliches Engagement sich gegen diese systematische Gewalt an Frauen richtet. Dabei lassen wir Anwältinnen, Aktivistinnen, Journalistinnen und Künstlerinnen zu Wort kommen und versuchen damit einen Einblick in die wichtige Arbeit zu geben, die Frauenorganisationen in Zentralamerika und Mexiko leisten. Ihre Stimme soll auch hier in Europa gehört werden – denn Frauenmorde und Gewalt gegen Frauen sind kein regionales Phänomen, das „vor Ort zu lösen" ist. Deshalb ist dieses Dossier auch als Anstoß gedacht, um Unterstützung zu mobilisieren und Informationen weiter zu verbreiten. Wir möchten einen kleinen Beitrag dazu leisten, dem Ziel der unermüdlichen und nicht selten lebensgefährlichen Arbeit der Frauenbewegungen in der Region ein Stück näher zu kommen: Das Schweigen brechen! Denn ohne ein gesamtgesellschaftliches Umdenken wird es kein Ende der Gewalt geben.

// Anna Schulte, Olga Burkert

FEMICIDIO UND *FEMINICIDIO*

Im Spanischen beschreiben die Begriffe *femicidio* oder *feminicidio*, wenn eine Frau aufgrund ihres Geschlechts getötet wird. Es ist die extremste Form der Anwendung von Gewalt gegen Frauen, wobei die die Täter nahezu immer Männer sind. Beide Termini schließen explizit staatliche Duldung und Förderung dieser Verbrechen mit ein. Einige Feministinnen verwenden den Begriff des *feminicidio*, um die Straflosigkeit der Täter und die daraus resultierende Mitverantwortung des Staates an den Verbrechen noch mehr zu betonen. Innerhalb des Dossiers haben wir bewusst auf eine einheitliche Verwendung der Begriffe *femicidio* und *feminicidio* verzichtet, da jede Autorin eine eigene Definition für dessen Verwendung haben kann und die Begriffe in den jeweiligen regionalen Kontexten anders verwendet werden. Und schlussendlich geht es uns nicht um die Unterschiede, sondern um die Gemeinsamkeiten der Begrifflichkeiten: Die Beschreibung der gezielten Ermordung von Frauen, allein wegen ihres Geschlechts, die häufig in Verbindung mit Sexualverbrechen begangen und vom Staat geduldet oder gar gefördert werden.

„DAS ORGANISIERTE VERBRECHEN IST TEIL DES STAATES"

INTERVIEW MIT DER MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN IMELDA MARRUFO UND DER ANWÄLTIN ANDREA MEDINA

Seit über zwanzig Jahren werden an der Nordgrenze Mexikos Frauen gezielt ermordet. Mit steigender Tendenz: Allein 2010 wurden in Ciudad Juárez 304 Morde an Frauen gezählt, mehrere Tausend sind verschwunden. Doch in Mexiko ist es nicht der Staat, sondern eine starke Frauenbewegung, die sich für Aufklärung einsetzt. Imelda Marrufo, Menschenrechtsaktivistin aus Ciudad Juárez, und Anwältin Andrea Medina sind beide im Netzwerk Red de Mujeres de Ciudad Juárez (siehe Kasten) aktiv. Sie sprachen mit den *Lateinamerika Nachrichten* über die Ursachen der Frauenmorde, ihren jahrelangen Kampf gegen die Gewalt und das Versagen des mexikanischen Justizsystems.

Erst seit 1993 werden in Ciudad Juárez Gewalttaten gegen Frauen systematisch erfasst. Handelt es sich bei den sogenannten Feminiziden um individuell motivierte Straftaten oder um ein strukturelles Phänomen?

Andrea Medina: Wir verstehen Feminizide als die strukturelle Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. In Mexiko existiert eine Kultur, in der das Leben von Frauen weniger wert ist als das von Männern. Das heißt nicht, dass es zum Mord kommen muss, sondern dass das Leben der Frauen in Gefahr gebracht wird. Die Gewalt äußert sich zwar auch auf individueller Ebene. Aber in erster Linie existieren Strukturen, die die Morde nicht nur ermöglichen, sondern auch begünstigen.

Fotos: Georgina Fakunmoju

IMELDA MARRUFO

arbeitet als Anwältin in Ciudad Juárez. Sie ist Präsidentin des Netzwerks Red de Mujeres de Ciudad Juárez, Mitglied des Gremiums zur Beobachtung von Frauenrechten in Mexiko, des nationalen Bürgerrats zur Beobachtung von Feminiziden und des nationalen Rats zur Sicherstellung des Rechts von Frauen auf ein gewaltfreies Leben.

ANDREA MEDINA

engagierte sich schon während des Jura-Studiums für die Strafverfolgung von Sexualstraftätern. Sie arbeitet mit sozialen Bewegungen an Gesetzesinitiativen und bildet Justizbeamtinnen in Genderfragen aus. Sie hat an Kampagnen zu wichtigen Fällen von Frauenmorden teilgenommen, unter anderem dem Fall *Campo Algodonero*.

FRAUENMORDE IN CIUDAD JUÁREZ

Seit Mitte der 1990er Jahre wird vom „Phänomen" der Frauenmorde gesprochen und nicht mehr von einzelnen Mordfällen. Amnesty International zählte 2010 über 300 Frauenmorde, denen mindestens in 30 Fällen schwerste Folterungen und sexuelle Übergriffe vorausgegangen sind. Viele der Ermordeten verschwanden zunächst; ihre Leichen wurden erst wesentlich später an abgelegenen Orten, häufig im kargen Wüstengebiet um Ciudad Juárez, gefunden.
Wichtiger Aspekt der Frauenmorde von Ciudad Juárez ist die fast völlige Straflosigkeit: Die Polizei konnte, obwohl die Mordserie seit über 15 Jahren anhält, kaum Täter ermitteln. Wegen der geringen Aufklärungsquote wird vermutet, dass Polizisten und Beamte höherer Verwaltungsebenen, direkt in die Verbrechen verwickelt sind. Sogar eigens für die Aufklärung der Morde eingesetzte Personen sind mutmaßlich in die Mordfälle verstrickt. Die militarisierte Politik Felipe Calderóns hat die Zahl der Frauenmorde nach Meinung von Menschenrechtsorganisationen seit 2006 weiter in die Höhe getrieben. In Ciudad Juárez ist die allgemeine Mordrate auf circa 3.000 pro Jahr angestiegen. 230.000 Menschen haben die 1,3 Millionen EinwohnerInnen-Stadt seit 2009 verlassen.
Aufgrund der sehr hohen Zahl bis dato ungeklärter Morde gibt es eine Reihe von Theorien. Die Spekulationen über Motive stehen in Zusammenhang mit Überlegungen zu grundlegenden gesellschaftlichen Ursachen wie Machismo und Frauenhass oder sexuellen Beweggründen. Mögliche Täter werden u.a. mit dem Juárez-Kartell in Verbindung gebracht oder könnten aus den einflussreichen Familien der Stadt sowie lokalen Banden stammen.

Welche Strukturen sind das?
Imelda Marrufo: Bei den Opfern handelt es sich meist um junge Arbeiterinnen aus den *maquilas* (Weltmarktfabriken). Der Staat hat in den letzten vierzig Jahren im Norden große Investitionen zugunsten der ausländischen Exportindustrie getätigt, die Arbeitsbedingungen der oft armen Migrantinnen sind schlecht.
Medina: Auf der anderen Seite existiert eine Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Kommunalpolitik, die von der Exportindustrie, aber auch vom Drogen-, Waffen- und Menschenhandel profitiert.

Und dabei kaum einen Mordfall strafrechtlich verfolgt.
Marrufo: Das ist richtig. Selbst wenn die Täter und ihre Aufenthaltsorte bekannt sind und klare Beweise gegen sie vorliegen, unternehmen Polizei und Justiz keine Anstrengungen, die Mörder ins Gefängnis zu bringen.
Medina: Straflosigkeit ist in Mexiko ein generelles Problem, nicht nur in Bezug auf die Feminizide. Die Angehörigen haben keinen Zugang zum Justizsystem und die zuständigen Behörden ermitteln nicht. In nur vier Prozent der Fälle wird ein Urteil gesprochen. Meist werden jedoch nicht einmal die ersten Untersuchungen eingeleitet.

Ciudad Juárez ist nicht die einzige Stadt in Mexiko, die unter einer solch extremen Situation leidet. Gibt es ähnliche Netzwerke wie eures in anderen Städten?
Marrufo: Der Runde Tisch von Ciudad Juárez ist Teil eines Netzwerkes, in dem insgesamt zehn Organisationen tätig sind. Jede dieser Organisationen hat wiederum Verbindungen zu etlichen anderen Organisationen im Land. Diese Artikulationsprozesse, diese Gegenwehr gibt es. Wir verstehen uns aber auch als Teil einer globalisierten Gesellschaft und wollen gemeinsam mit anderen Ländern Strategien gegen Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen entwickeln. Es gibt Möglichkeiten, die Zustände in unserem Land anzuprangern, zum Beispiel über die Massenmedien, über internationale Konventionen und Vorschriften.

Wie effektiv ist die Arbeit der Frauenorganisationen?
Marrufo: Es gibt große Unterschiede in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen, auch Initiativen in Chiapas und Oaxaca haben viel erreicht. Die Frauenbewegung von Ciudad Juárez ist aus dem Prozess entstanden, über zwanzig Jahre hinweg die Verbrechen zu dokumentieren und anzuprangern. Diese Art der Intervention gibt es woanders nicht. In Mexiko-Stadt befindet sich zwar der Großteil der Fraueninitiativen, aber nicht mit dem gleichen Niveau der Systematisierung.
Medina: Ciudad Juárez ist nicht deshalb bekannt, weil es dort die meisten Morde an Frauen gibt, andernorts ist die Situation noch schlimmer. Die internationale Beachtung für Ciudad Juárez ist seiner Bürgerbewegung und deren jahrzehntelan-

ger Arbeit geschuldet. Ohne eine starke Zivilgesellschaft gäbe es diese Aufmerksamkeit nicht.

Aktivistinnen und Anwältinnen werden immer wieder bedroht. Im letzten Jahr wurden drei Menschenrechtlerinnen aus Ciudad Juárez ermordet.

Medina: Die Forderung nach Gerechtigkeit bzw. Rechtssprechung macht die Arbeit der Aktivistinnen besonders gefährlich. Der Staat fühlt sich davon attackiert. Dadurch, dass er über unsere Lage Bescheid weiß, uns aber keine Sicherheit garantiert, erlaubt er den anonymen Tätern, diese Morde zu begehen.

Marrufo: Die Kriminalität in Mexiko und speziell in Ciudad Juárez hat sich verselbstständigt. Es gibt keinen Schutz: Niemand weiß, wer als nächstes getötet wird. Aber wir wissen, dass der mexikanische Staat in Komplizenschaft mit den Morden steht. Wir haben keinen Zweifel daran, dass der Staat die Verantwortung dafür trägt.

Am 6. November 2009 hat der Interamerikanische Gerichtshof im Fall Campo Algodonero (siehe Kasten) den Tatbestand des Feminizids als Menschenrechtsverbrechen zum ersten Mal in einem Urteil anerkannt und den mexikanischen Staat in drei Fällen schuldig gesprochen.

Medina: Ja, der mexikanische Staat wurde schuldig gesprochen, die Sicherheit, Integrität und Freiheit der drei ermordeten Frauen sowie ihrer Mütter und Familienangehörigen nicht garantiert zu haben.

Warum hat auch dieses Urteil nicht dazu geführt, dass die Täter gefasst wurden?

Medina: Die Internationalen Gerichtshöfe ermitteln nicht gegen individuelle Täter, sie prüfen die Verantwortung des Staates in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten. Mexiko wurde aufgefordert, unmittelbar die Ermittlungen gegen die tatsächlichen Täter einzuleiten. Dieser Aufforderung ist Mexiko bis heute nicht nachgekommen. Auf der internationalen Bühne tut unsere Regierung so, als würde das Urteil umgesetzt. Wir vor Ort sehen aber, dass das nicht wahr ist. Der erste Indikator für eine tatsächliche Strafverfolgung wäre die Verringerung der Mord- und Entführungsraten von Frauen. Aber im Gegenteil: Ein Jahr nach der Urteilsverkündung sind die Zahlen weiter angestiegen. Deshalb brauchen wir die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Inwiefern kann das Urteil trotzdem helfen, die Menschenrechte der mexikanischen Bevölkerung in Zukunft durchzusetzen?

Medina: Schon vor dem Urteil haben Vertreter internationaler Organisationen Ciudad Juárez besucht. Es gibt Hunderte Empfehlungen, um Mexiko zur Erfüllung der Auflagen zu bewegen. Mit dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs haben wir erstmals ein konkretes Werkzeug in der Hand, um die Menschenrechte in Mexiko umzusetzen. Aber ich betone noch einmal: Das wird nur mit internationalem Druck möglich sein.

Haben Sie Hoffnung für die Zukunft?

Marrufo: Die Hoffnung leitet unsere Arbeit, das ist die Voraussetzung. Wenn wir nicht glauben würden, dass unsere Arbeit von heute für die zukünftigen Generationen nützlich wäre, würden wir sie nicht machen. Zu sehen, dass die lokale Arbeit hilfreich ist, dass die Frauen wieder Motivation, Selbstbewusstsein und Kraft zum Weiterleben entwickeln, das ist eine große Belohnung für mich. Auf der strukturellen Ebene ist diese Arbeit sicherlich nur ein Teil von historischen Prozessen. Vielleicht werden wir die großen Veränderungen nicht mehr erleben. Aber ich bin stolz, Teil dieses Prozesses zu sein.

// Interview: Georgina Fakunmoju

RUNDER TISCH VON FRAUEN IN CIUDAD JUÁREZ

Das Netzwerk Red de Mujeres de Ciudad Juárez besteht aus zehn lokalen Frauenrechtsorganisationen und wurde 2001 ins Leben gerufen. Anlass für die Gründung war der Fund von acht Frauenleichen in einem Baumwollfeld, bekannt unter dem Namen *Campo Algodonero*. Nach Bekanntwerden dieses Massenmordes beschlossen verschiedene soziale Organisationen, einen Zivilreport zu erstellen. Im März 2002 wurde der Fall vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) präsentiert. Der Fall war die Geburtsstunde des Netzwerks. Heute arbeitet es auf nationaler und internationaler Ebene. Es hat erreicht, dass die Frauenmorde von unterschiedlichen internationalen Instanzen und Menschenrechtsinitiativen, unter anderem dem UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW), verurteilt werden und der mexikanische Staat zunehmend dazu aufgefordert ist, die Feminizide aufzuklären und für mehr Schutz von Frauen zu sorgen. Weitere Infos zu *Campo Algodonero* unter: www.campoalgodonero.org.mx

HILFE ZUR SELBSTHILFE

IM SÜDMEXIKANISCHEN OAXACA WERDEN INDIGENE FRAUEN ZU JURISTISCHEN BERATERINNEN AUSGEBILDET

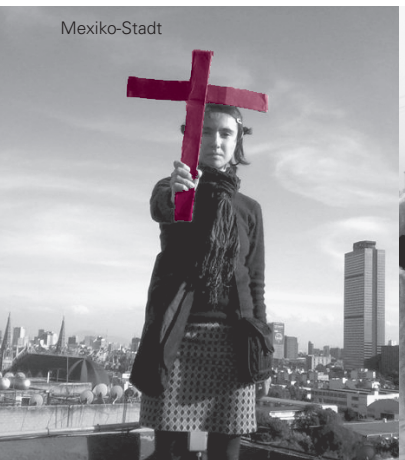
Schutz vor Gewalt und Hilfe im Umgang mit der Justiz bieten im südmexikanischen Oaxaca vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie dokumentieren die Morde, werten Presseberichte aus und bilden Indígena-Frauen zu juristischen Beraterinnen aus.

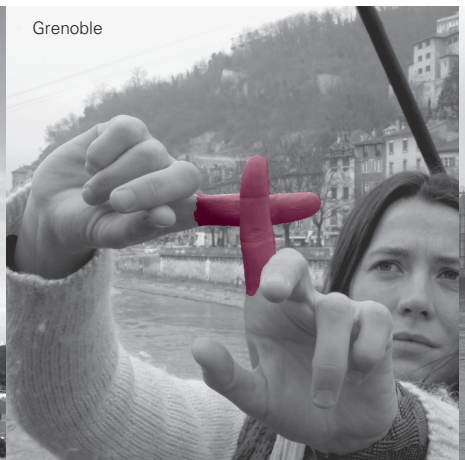
„Ich begann den Tag mal wieder mit einer schaurigen Zeitungsnotiz: 'Wieder eine Frau getötet!' – die dritte in diesem Monat und bereits die 18. in diesem Jahr. Weinen, sich entrüsten oder resignieren, was sonst kann ich tun? Die Ermordete, Nayely González, war 24 Jahre alt, Mutter eines Kindes. Ihren Körper fand man in einer Schlucht, nachdem sie für einen Tag als vermisst gegolten hatte. Vom Mörder keine Spur." Anabel López fährt sich durch die schwarzen Locken und schaut aufgewühlt in die Runde. Sie und ihre Kolleginnen vom Kollektiv Huaxyacac setzen sich seit Jahren für die Rechte oaxaquenischer Frauen ein. Dass Frauen Gewalt erfahren, erleben sie täglich in ihrer Arbeit. Trotzdem erschüttern sie die sich häufenden Notizen von ermordeten Frauen jedes Mal aufs Neue.

Anabel López fühlt sich machtlos, wenn sie neuen Fällen von Gewalt an Frauen begegnet. Dennoch nimmt sie nach solch einer Zeitungsnotiz ihre Arbeit auf: „Ich begleite die verzweifelte Familie zur Staatsanwaltschaft, um mehr Informationen zu bekommen. In diesem Fall konnte uns der Staatsanwalt jedoch nicht mehr sagen, als schon in der Zeitung stand: elf Stichwunden, eine davon tödlich im Hals, heraustretende Eingeweide, vermutlich wurde sie vor ihrem Tod vergewaltigt", berichtet López von ihrem Versuch, den Angehörigen der ermordeten Nayely González zu helfen. „Weder über den Mörder noch über das Handlungsmotiv konnte er Auskunft geben, nichts. Weil die Gutachten nicht richtig eingereicht wurden, sind die Untersuchungen eingestellt. Der Mörder bleibt unbestraft."

Gewalt gehört zum ohnehin harten Alltag der meisten Frauen im südmexikanischen Oaxaca. In einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos sind die ländlichen Gemeinden besonders marginalisiert. Die Menschen dort haben kaum Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und einem funktionierenden Gesundheitssystem. Laut nationalen Statistiken hat Oaxaca beispielsweise eine der höchsten Raten von Tod im Kindsbett. Jährlich sterben Frauen während der Schwangerschaft oder beim Gebären. Für viele FrauenrechtlerInnen gilt auch dieser Tod als Feminizid, da er durch eine bessere Versorgung hätte verhindert werden können.

Doch selbst ohne diese Todesfälle hinzuzuzählen, sind die Zahlen ermordeter Frauen in Oaxaca erschreckend hoch. 2010 kam es in dem Bundesstaat zu 56 Morden an Frauen, im Jahr zuvor waren es 58. Allein von Januar bis Mai dieses Jahres wurden bereits 24 Frauen ermordet.


Mexiko-Stadt


Grenoble

London

Diese Zahlen stammen nicht etwa aus einer Polizeistatistik, sondern von Frauen selbst, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Feminizide in Oaxaca zu erfassen. Seit 2004 dokumentiert das Kollektiv Huaxyacac, ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen, Frauenmorde in Oaxaca. Da die zuständigen Institutionen kaum offizielle Zahlen veröffentlichen, werten die AktivistInnen dafür entsprechende Zeitungsberichte aus. Die Zahlen des Kollektivs sind erschreckend hoch und erfassen dennoch bei weitem nicht alle an Frauen begangenen Verbrechen, denn viele Gewalttaten werden nicht angezeigt, geschweige denn erscheinen sie in einer Zeitung.

In Kürze wird das Kollektiv Huaxyacac den Jahresbericht 2010 über den Feminizid in Oaxaca herausgeben, der neben Frauenmorden auch Fälle von innerfamiliärer und sexueller Gewalt sowie verschwundenen Frauen aufzählt und die institutionelle Gewalt im Süden Mexikos thematisiert. Die bisherigen Auswertungen haben ergeben, dass die Morde an Frauen immer brutaler werden. Viele Frauen wurden vor ihrer Ermordung vergewaltigt und gefoltert; im Jahr 2010 wurden fast 50 Prozent der Frauen mit Schusswaffen getötet. In den meisten Fällen handelte es sich beim Täter um ein Familienmitglied: Ehemann, Schwiegersohn, (Ex-)Freund oder Vater. Häusliche Gewalt ist in der Region sehr verbreitet. Die psychische und emotionale Dauerbelastung der Frauen ist enorm. Laut einer landesweiten Umfrage über die Dynamik der häuslichen Beziehungen von 2006 litt in Oaxaca jede zweite Frau mindestens einmal in ihrer damaligen Partnerschaft unter (physischer, sexueller oder psychischer) Gewalt.

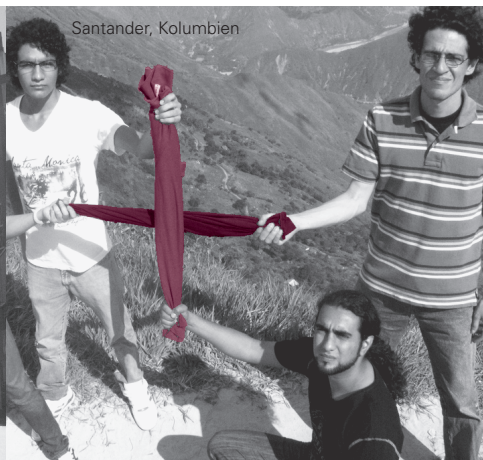
Damit sich endlich etwas ändert, setzen sich Deogracia Pérez und Irma Galvan als juristische Beraterinnen für ein gewaltfreies Leben der Frauen ein. Zusammen mit 26 anderen Frauen aus verschiedenen indigenen Gemeinden Oaxacas haben sie einen Diplomkurs besucht, der vom Verbund für Parlamentarischen Dialog und Gleichheit (Consorcio Oaxaca) angeboten wird. Während der acht Monate langen Ausbildung wurden den Teilnehmerinnen juristische Grundkenntnisse sowie Methoden für die Beratung beigebracht, damit diese wiederum nach Abschluss des Kurses die Frauen ihrer Gemeinden auf dem Weg aus der Gewaltspirale begleiten können.

Wie Anabel López beraten und begleiten nun auch die frisch diplomierten juristischen Beraterinnen Frauen ihrer Gemeinden auf der Suche nach Gerechtigkeit. Viele der Beraterinnen haben die Sekundarschule nicht abgeschlossen. Nach Abschluss des Diplomkurses wissen sie jedoch deutlich mehr über ihre Rechte als die meisten Gemeindeautoritäten. Irma Galvan, die als Sozialarbeiterin in einem regionalen Krankenhaus arbeitet, berichtet selbstbewusst von ihren neuen Fähigkeiten: „Der Kurs gab mir mehr Sicherheit, um Frauen zu beraten und zu begleiten. Jetzt kann ich ihnen die juristischen Prozesse erklären und ihnen helfen, Entscheidungen zu treffen, um einen Weg aus der Gewalt zu finden. Es haben mich sogar schon MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltung um Rat gefragt und bei der Anwaltschaft fühle ich mich jetzt sicher genug, um zu insistieren, wenn sie einer Frau nicht helfen wollen."

Das ist wichtig, denn von Seite der staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz können Frauen meist keinen Schutz erwarten. Die Straflosigkeit gerade für Delikte an Frauen ist in ganz Mexiko hoch. Viele Frauen erstatten gar nicht erst Anzeige, weil sie den Behörden nicht trauen oder weil sie sich mit unsensiblem Personal konfrontiert sehen, vor dem sie erst beweisen müssen, dass sie geschlagen wurden und „keine Schuld" daran hatten. Bei den wenigen

Madrid

Buenos Aires


Santander, Kolumbien

Fällen, in denen es überhaupt zur Anklage kommt, wird gerade mal ein Prozent der Täter auch verurteilt. Und selbst dann müssen diese oftmals nur kleine Geldbußen zahlen und kehren anschließend wieder zu Frau und Kindern zurück. Hinzu kommt, dass die Gerichtsverfahren durch Korruption stark beeinflusst werden – zugunsten der Täter.

Seit Februar 2007 gibt es in Mexiko zwar ein nationales Gesetz für das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben. Der Kongress in Oaxaca nahm den nationalen Entwurf als zweitletzter Bundesstaat im März 2009 in die regionale Gesetzgebung auf. Erst im Januar 2010 trat es dann in Kraft.

Doch das Gesetz ist umstritten. Frauenrechtsorganisationen in Oaxaca kritisieren, dass sie bei der Ausarbeitung des bundesstaatlichen Vorschlags nicht hinzugezogen wurden. Und auch auf nationaler Ebene gab es Kritik. So konnte erreicht werden, dass das Gesetz immer wieder ergänzt wurde. Seit Januar 2011 müssen Frauen sich beispielsweise nicht mehr auf ein Versöhnungsverfahren mit den Tätern einlassen. Neu ist auch, dass indigenen Frauen das Recht auf DolmetscherInnen zusteht. In Oaxaca wurden diese Ergänzungen bisher nicht umgesetzt.

Doch selbst wenn es dazu kommt: Ein Gesetz allein ändert weder strukturelle Verhaltensweisen noch das machistisch geprägte Zusammenleben in der Gesellschaft. Zwar wird im Gesetz für das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben auch ausdrücklich an die Medien appelliert, auf reißerische und stereotype Berichterstattung zu verzichten, in der Praxis hatte das bisher jedoch keine Konsequenzen.

Medien spielen beim Thema Gewalt gegen Frauen eine wichtige Rolle. So berichtet beispielsweise die Presse in Mexiko kaum kritisch über Morde an Frauen. Die meisten Zeitungen wollen mit sogenannten *notas rojas*, den bluttriefenden Nachrichten über Morde und Unfälle, vor allem LeserInnen gewinnen, anstatt Menschen zu sensibilisieren. Mit diesem Verhalten tragen sie zur Verstärkung der Gewalt bei. Die Taten erscheinen als gruselig-schaurige Geschichten, es fehlt an Recherche und Hintergrundinformation und die Aufklärung der Fälle wird nicht weiter verfolgt. Hinzu kommen wertende, oft abschätzige bis sexistische Bemerkungen über die Opfer: „Er brachte seine Frau um. Sie hatte ihn verlassen, um in einer Bar zu arbeiten", „Alleinerziehende Mutter umgebracht!" oder „Prostituierte erwürgt aufgefunden", sind typische Schlagzeilen einer mexikanischen Tageszeitung.

Der soziale Kontext, innerhalb dessen Gewalt an Frauen als etwas normales erscheint, erklärt auch die lasche Haltung der Regierung gegenüber den Tätern. Mexikos Gesellschaft ist sehr patriarchal organisiert, Frauen werden vielerorts diskriminiert, was sie sowohl bei der politischen Partizipation als auch in ihrer persönlichen Freiheit und Entwicklung einschränkt.

Wie tief die strukturelle Missachtung der Rechte von Frauen auf Selbstbestimmung gesellschaftlich verankert ist, zeigt die Reform der Abtreibungsgesetzgebung, die im September 2009

vom Parlament in Oaxaca angenommen wurde. Ein Schwangerschaftsabbruch ist demnach vollständig verboten, auch bei akuter Lebensgefahr für die Frau. Einzig nach einer Vergewaltigung ist eine Abtreibung zulässig – selbst das mussten Frauenorganisationen erstreiten.

Doch wo der Staat in Oaxaca versagt, übernehmen zivile Organisationen Verantwortung. AktivistInnen vom Consorcio Oaxaca oder Organisationen wie Casa de la mujer (Haus der Frau) sensibilisieren in Kampagnen die Bevölkerung und klären Frauen in Kursen auf, dass häusliche Gewalt nicht ‚normal' ist und sie ein Recht auf ein gewaltfreies Leben haben. Auch in Schulen und mit GemeindevertreterInnen werden Workshops durchgeführt.

Besonders in ländlichen Gemeinden kennen viele Frauen ihre Rechte nicht. So berichtet beispielsweise Deogracia Pérez, die früher als Krankenschwester arbeitete und heute eine der 28 ausgebildeten juristischen Beraterinnen ist: „In allen Dörfern ist die Gewalt gegenüber Frauen ein großes Problem. Ich bin zwar pensioniert, aber immer noch kommen viele Frauen mit blauen Flecken und anderen Verletzungen zu mir. Es sind Frauen, die zu Hause geschlagen werden, meist von ihren Partnern. Früher fühlte ich mich machtlos und wusste nicht, wie ich ihnen helfen kann, was ich ihnen raten soll. Ich selber kannte unsere Rechte nicht und glaubte, dass die Gewalt normal sei. So habe ich es seit meiner Kindheit erlebt."

Um daran endlich etwas zu ändern, betreiben die Beraterinnen aktiv Präventions- und Sensibilisierungsarbeit. An Informationsständen bei Dorffesten, zum Beispiel am Muttertag – wo viele Frauen anwesend sind – stellen die juristischen Beraterinnen sich und ihre Arbeit öffentlich vor. Viele Frauen kostete das anfangs viel Überwindung, da sie spitze Bemerkungen oder gar Ausgrenzung befürchteten. Irma Galvan erzählt von ihrem ersten öffentlichen Einsatz als Beraterin: „In meiner Gemeinde ist es nicht üblich, dass sich die Frauen exponieren. Anfangs war mir daher gar nicht wohl bei dem Gedanken, mich hinter den Stand zu stellen. Ich dachte, was werden wohl die Leute denken? Glücklicherweise sind wir immer zu zweit und können uns gegenseitig Mut geben. Auch, weil wir wissen wie wichtig unsere Arbeit ist, um die Gewalt an Frauen zu stoppen."

Um an der strukturellen Benachteiligung und Gewalt an Frauen in der mexikanischen Gesellschaft nachhaltig etwas zu ändern, wäre besonders die gezielte Ausbildung von männlichem Personal der öffentlichen Verwaltungen und staatlichen Behörden wichtig. Doch diese gestaltet sich schwierig. Die meisten Männer sehen in ihrem gewalttätigen Handeln gar kein Problem. Concorcio Oaxaca gab 2010 einen Leitfaden heraus, der Angestellten der Gemeindebehörden im Umgang mit häuslicher Gewalt und bei der Beratung von Frauen, die Gewalt erlebt haben, als Hilfestellung dienen soll. Er beinhaltet sowohl die Gesetzesgrundlage zum Schutz der Frau als auch praktische Ratschläge für den Umgang mit Opfern von Gewalt. Es ist der Versuch, das Behördenpersonal zu sensibilisieren und Strukturen zugunsten der Frauen zu verändern.

Das ist auch das Ziel der AktivistInnen vom Kollektiv Huaxyacac. Neben der Beratung der betroffenen Frauen und Familien, versuchen sie deshalb auch auf die lokale Politik einzuwirken. Und ihre Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Seit der Regierungsübernahme des neuen Gouverneurs Gabino Cué, dessen Parteienbündnis Ende 2010 die jahrzehntelange Herrschaft der Revolutionären Institutionellen Partei PRI ablöste, gibt es in Oaxaca kleine Fortschritte. So wurde beispielsweise die Aktivistin Anabel López zur Direktorin des Fraueninstituts von Oaxaca ernannt und koordiniert nun die Programme zur Stärkung der rechtlichen Situation von Frauen. Doch immer noch mahlen die Mühlen der Politik langsam: Das versprochene Budget ihres Instituts wurde bisher nicht ausgezahlt. Davon jedoch wird abhängen, wie viele Programme durchgeführt werden können und in welcher Qualität.

Auch andere Versprechen sind bis heute reine Lippenbekenntnisse. Und während die neue Regierung ihren Apparat zum Laufen bringt, sind seit der Amtsübernahme vom 1. Dezember 2010 bereits 29 Frauen getötet worden. In einer Presseerklärung von Anfang Mai fordern die Frauenorganisationen deshalb von Gabino Cué: „Aktion statt Simulation!"

// Theres Hoechli

Unterstützen Sie die Weiterbildung von Frauen zu juristischen Beraterinnen in Oaxaca*:* Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit in München unterstützt das Projekt und leitet Spenden direkt an den Verband für parlamentarischen Dialog und Gleichheit in Oaxaca weiter. // Spendenkonto: 56 17 62 58 // BLZ 701 500 00 // Stichwort: Mixes // Weitere Informationen: www.consorciooaxaca.org.mx

EINE AUFGABE FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT

IN GUATEMALA LIEGEN VIELE URSACHEN FÜR GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGS BEGRÜNDET

Der Alltag vieler guatemaltekischer Frauen ist von Gewalt bestimmt – ob im familiären Umfeld, durch Nichteingreifen von Justiz, Polizei und Behörden oder durch sexualisierte Ritualmorde des organisierten Verbrechens. 2010 wurden fast 700 Frauen ermordet. Die Ursachen für diese systematische Form der Gewalt gegen Frauen sind vielschichtig. Frauenrechtlerinnen sehen einen Hauptgrund jedoch in der kollektiven Gewalterfahrung des 30-jährigen Bürgerkriegs.

Guadalajara

Mindi Rodas hatte ihre Stimme erhoben – gegen die Gewalt an Frauen in Guatemala. Öffentlich hatte die 23-Jährige Frauen und Mädchen dazu ermutigt, sich gegen die Misshandlungen zu wehren und die Täter anzuzeigen. Dabei konnte sie ihre eigenen Narben kaum verbergen: Ihr Ex-Mann hatte Mindi Rodas derart misshandelt, dass in den letzten anderthalb Jahren ihres Lebens eine Art Mundschutz die Entstellungen ihres Gesichts verdeckte. Ihren Entschluss, sich aus der Enge ihres Hauses, den Beschimpfungen, Schlägen und dem sexuellen Missbrauch zu befreien, hatte ihr Ehemann eines Tages mit einer Machete gerächt. Nach dieser schrecklichen Gewalttat war Rodas' Leben geprägt von Schmerzen, Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken. Einzig ihr Sohn konnte ihrem Leben noch einen Sinn geben.

Der Fall von Mindi Rodas ging durch die internationale Presse. Nationale und internationale Organisationen unterstützen ihren Kampf für Gerechtigkeit. Sie unterzog sich Behandlungen, die nach und nach ihr Gesicht wiederherstellten und zog als eine der wenigen misshandelten Frauen Guatemalas vor Gericht. So konnte sie erreichen, dass ihr Ehemann ins Gefängnis kam. Doch kurz darauf wurde er wieder freigelassen, mithilfe eines Klageverzichts, auf dem er Rodas' Unterschrift gefälscht hatte. Erneut setzte sie sich zur Wehr und erreichte mithilfe der Überlebenden-Organisation Fundación Sobrevivien-

tes, dass die Misshandlungen durch ihren Ex-Mann nicht mehr als „schwere Verletzungen", sondern als „versuchter Femizid" eingestuft wurden. Daraufhin wurde ihr Ex-Mann erneut inhaftiert. Im Juni dieses Jahres wird der Prozess gegen ihn beginnen.
Das alles sollte Mindi Rodas nicht schützen. Und rückblickend scheint es, als habe sie es geahnt. Denn trotz ihrer juristischen Erfolge wurde sie von Angst geplagt: „Ich habe so viele Interviews gegeben und letztlich macht doch niemand etwas. Er hat mich nicht getötet, aber er hat mich lebendig begraben. Ich habe Angst, dass er noch vor der Gerichtsverhandlung einen Mörder beauftragt."
Und ihre Vorahnung wurde traurige Wahrheit: Ende 2010 verschwand Rodas, im Januar 2011 fand man ihren leblosen Körper 200 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt. Die Täter hatten sie gefoltert und anschließend erdrosselt. Ihre Leiche wurde als „Unbekannte" beigesetzt. Erst auf Betreiben von ihrer Familie und einer Frauenorganisation, wurde die Leiche exhumiert und nach der Identifizierung in ihrem Heimatort beigesetzt.

maras oder Freundinnen von Drogenschmugglern erklärt und damit nicht für würdig befunden, ihren gewaltsamen Tod aufzuklären. Marcela Lagarde kritisierte dieses Verhalten scharf: „Bei Femiziden kommen in krimineller Weise das Schweigen durch Unterlassung oder Fahrlässigkeit sowie das Einverständnis der Behörden zusammen", so die mexikanische Anthropologin und Anwältin.
2008 wurde nach langem Kampf von Frauenorganisationen und mittels eines interparlamentarischen Dialogs zwischen Guatemala, Mexiko und der Europäischen Union das Gesetz gegen Femizide und andere Formen der Gewalt an Frauen erlassen. Schutz, Freiheit und Leben der Guatemaltekinnen sollten durch das Gesetz garantiert, eine strafrechtliche Verfolgung erleichtert und die Straflosigkeit der Täter abgeschafft werden. „In dem Gesetz werden Femizid, Frauenfeindlichkeit, diskriminierende Machtverhältnisse, ökonomische, physische, psychische oder emotionale und sexuelle Gewalt als Gewalt gegen Frauen definiert", erklärt Norma Cruz, Gründerin der Fundación Sobrevivientes.

Patagonien, Argentinien

Montevideo

Mindi Rodas ist eine von 695 Guatemaltekinnen, die im Jahr 2010 aufgrund ihres Geschlechts ermordet wurden. Nur 86 Femizide wurden juristisch verfolgt, bei einem Drittel davon wurde bisher ein richterliches Urteil gesprochen. Denn Straflosigkeit hat System in Guatemala: Jahrelang wurden Femizide von den guatemaltekischen Behörden nicht verfolgt. Ermordete Frauen wurden zu Prostituierten, Angehörigen der Jugendbanden

„Der Tatbestand eines Femizids wird nun mit 25 bis 50 Jahren Haft bestraft. Weder Bräuche noch Traditionen können dem Gesetz nach als Rechtfertigung oder Entschuldigung für das Verüben, Akzeptieren, Fördern, Anregen oder Tolerieren von Gewalt gegenüber Frauen geltend gemacht werden. Jedwede Gewalttat gegenüber Frauen, sei es häusliche Gewalt oder Übergriffe von Bekannten und Fremden, müsste demnach in Zukunft als

Straftat behandelt werden", so Norma Cruz weiter.
Bislang wird dem Gesetz, das in der zentralamerikanischen Region als Vorreiter gilt, von FrauenrechtlerInnen jedoch wenig Erfolg zugeschrieben. Norma Rera von der Nationalen Frauenunion (UNAMG) meint, es gebe „zwar Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der staatlichen Institutionen und dadurch eben auch einige Fortschritte, zum Beispiel spezielle Prozesse wegen Frauenmorden". Dies jedoch führe nicht zu einem Rückgang der Femizide und auch die Straflosigkeit sei trotz des Gesetzes nicht rückläufig.
Und in der Tat: noch immer werden 97 Prozent derjenigen, die Frauen Gewalt antun, nicht bestraft. KritikerInnen wie Norma Rera werfen der Justiz vor, unfähig oder unwillig zu sein, das neue Gesetz angemessen anzuwenden: „Es kann nicht von einem Rückgang der Straflosigkeit gesprochen werden, denn es gibt noch immer Probleme bei der Umsetzung des Gesetzes. Es kommt zum Beispiel immer wieder vor, dass Staatsanwälte oder Richter bei Fällen von Frauenmorden das Strafgesetzbuch anwenden und nicht das Gesetz gegen Femizide. Nach diesem drohen jedoch bei einer Verurteilung bis zu zehn Jahre längere Haftstrafen. Dadurch werden dann keine gerechten Urteile gefällt."
María Luisa de León Satizo ist Anwältin der Frauenorganisation Grupo Guatemalteco de las Mujeres. Sie teilt die Kritik bei der Anwendung des Gesetzes und bemängelt zudem eine unzureichende Koordination in der öffentlichen Verwaltung: „Das Gesetz scheint wie auf einer Insel zu sein und alles andere funktioniert so wie vorher. Es gibt zwar schon einige Urteile, sogar mit der maximalen Strafe von 50 Jahren Gefängnis, aber die Zahl der Verurteilungen ist im Vergleich zur Masse an Anzeigen verschwindend gering."
In Guatemala hat Gewalt gegen Frauen eine lange Geschichte. Während des bewaffneten Bürgerkriegs von 1960 bis 1996 wurden Frauen aus rein „strategischen Gründen" misshandelt. Regierungstruppen wandten systematisch sexuelle Gewalt gegen Frauen an, um mögliche Aufstände zu unterdrücken sowie um die Moral einzelner und ganzer Gemeinden zu brechen. 2006 veröffentlichte die Gruppe Akteurinnen des Wandels (Consorcio Actoras de Cambio) die Studie *Mit dem Schweigen brechen*, deren Ergebnisse erschreckend deutlich beschreiben, was in Guatemala während des Bürgerkriegs geschah: Oft wurden Frauen von den Soldaten vergewaltigt, nachdem ihre Männer ermordet wurden oder aber öffentlich vor Familienangehörigen und Gemeindemitgliedern missbraucht, gefoltert und anschließend getötet. Teilweise wurden Frauen sogar jahrelang als Sexsklavinnen von Generälen und paramilitärischen Truppen gehalten.
Insbesondere indigene Frauen wurden Opfer dieser systematischen sexuellen Gewalt. Während des Bürgerkriegs wurden ganze Gemeinden als Basis der Guerilla stigmatisiert und in Massakern ausgelöscht, um die Kontinuität des Lebens in den indigenen Gemeinden zu zerstören. Opfer dieser „Politik der verbrannten Erde" von 1982 bis 1983 waren laut der Kommission für Historische Aufklärung (CEH) zu 99 Prozent Frauen – 88,7 Prozent von ihnen Maya. Eine Aufklärung oder gar Aufarbeitung dieser Verbrechen hat kaum stattgefunden. Jahrelang wurden die Gewalttaten als Vergehen einiger Funktionäre abgetan, die Befriedigung suchten. Dabei waren Beamte, Angestellte, staatliche Behörden und Militärangehörige direkt an den Gewaltverbrechen beteiligt.
Und auch heute noch sind Frauenkörper in Guatemala Objekte, an denen Macht, Mut und Rache demonstriert werden. Kriminelle Banden wenden noch immer Praktiken aus Bürgerkriegszeiten an, die massakrierte Frauen zur Schau zu stellen, um „den Gegner zu entmutigen und zu entehren". Ebenso werden auch heute noch Frauen geopfert, um den Dialog und den Zusammenhalt krimineller Bruderschaften über Blutpakte aufrecht zu erhalten.
Wie tief Frauenfeindlichkeit und Gewalt in der guatemaltekischen Gesellschaft eingebrannt sind, erläutert die guatemaltekische Anwältin de León Satizo: „Wir glauben, dass Frauenmorde und Gewalt an Frauen Resultat der historisch ungleichen Machtverhältnisse von Männern und Frauen sind. Sie sind Teil einer patriarchalen Kultur, in der die Frauen besessen und benutzt werden." Die Kultur des Landes müsse sich verändern, um diese strukturelle Benachteiligung der Frauen zu beenden, so de León Satizo: „Wir müssen die Gesellschaft verändern, den Kindern und der Jugend andere Werte vermitteln. Selbst in den Medien werden Gewalttaten verherrlicht. Das muss aufhören. Vielmehr müssen Presseorgane dazu beitragen, dass Gewalt verurteilt wird und Körper von Frauen eben nicht mehr als reine Objekte angesehen werden. Und das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft."

// Laura Zierke, Voces Nuestras

Siehe zum Thema auch den Artikel „Erinnerungen des Soldaten Sic" in der LN-Ausgabe Nr. 444 Juni 2011).

SCHLINGERKURS BEI FRAUENRECHTEN

EL SALVADOR ZWISCHEN PROGRESSIVEM GESETZ ZU GEWALT GEGEN FRAUEN UND REAKTIONÄREM ABTREIBUNGSVERBOT

El Salvador hat eine der höchsten Frauenmordraten der Welt. Zudem schränkt ein totales Abtreibungsverbot die Grundrechte der Frauen massiv ein. Seit dem Wahlsieg von Mauricio Funes und der linken FMLN im Jahr 2009 zeigte die Politik mit einem neuen Gesetz zwar Handlungswillen in Bezug auf die Stärkung der Frauenrechte. Ihr konservativer Kurs in der Abtreibungsdebatte lässt jedoch an der Ernsthaftigkeit dieser Politik zweifeln.

Es war schon ein Novum in El Salvador, als das neu strukturierte Staatliche Frauenentwicklungsinstitut ISDEMU überhaupt Studien zur Lage der Frauen durchführen und veröffentlichen konnte. Das hatte es in der Geschichte des Landes bisher nicht gegeben. Seit dem Amtsantritt von Präsident Mauricio Funes 2009, der für die Partei der ehemaligen Guerilla Frente Farabundo Martí (FMLN) angetreten war, unternimmt die Regierung endlich Schritte gegen die strukturelle Gewalt gegen Frauen, die Frauenrechtsorganisationen in El Salvador schon lange fordern.

Denn das kleine zentralamerikanische Land hat eine der höchsten Frauenmordraten weltweit. Allein zwischen Januar und Oktober 2010 hat die Polizei 477 Morde an Frauen erfasst – und das bei circa 6,5 Millionen EinwohnerInnen. PolitikerInnen und besonders die Massenmedien des Landes schieben das Problem meistens auf die allgemeine Gewaltproblematik und die Kriminalität der Jugendbanden (*maras*) in El Salvador. Die Studien des ISDEMU brachten dann das ganze Ausmaß des Femizids an die Öffentlichkeit. Die Ergebnisse belegen, dass Gewalt gegen Frauen in den allermeisten Fällen innerhalb der Familie und des näheren Umfelds stattfindet. Es sind Väter, (Ex-)Freunde, Ehemänner, Onkel oder andere Bekannte, die Frauen physisch und psychisch misshandeln und im Extremfall sogar umbringen. Dadurch wird deutlich, dass Femizide nicht einfach als Teil der allgemeinen Gewaltproblematik betrachtet werden können. Vielmehr liegen die Wurzeln im noch immer extremen Machismo und einer frauenfeindlichen Kultur, die Gewalt gegen Frauen toleriert und fördert.

So sieht es auch das ISDEMU, dessen Studien noch einen weiteren Teil der traurigen Realität von Frauen in El Salvador mit Zahlen belegen: Bei der Strafverfolgung im Zusammenhang mit Frauenmorden und Gewalt gegen Frauen gehen rund 80 Prozent der Täter straffrei aus. Aus Misstrauen und Angst vor den Behörden erstatten viele Angehörige von Opfern nicht einmal Anzeige.

Auf diese Ergebnisse reagierte die FMLN-Regierung im Dezember 2010 mit der Verabschiedung des Sondergesetzes über das Recht von Frauen zu

Lübeck

Nettelnburg

Cochabamba

New York

einem Leben frei von Gewalt, das der Situation der Straflosigkeit entgegen wirken soll. Die linke Abgeordnete Margarita Rodríguez sieht darin einen klaren Erfolg der Frauenbewegung: „Das Gesetz ist in eineinhalb Jahren harter Arbeit und in enger Zusammenarbeit mit staatlichen und nicht-staatlichen Frauenorganisationen entstanden. Dank des neuen Gesetzes können wir uns gegen sogenannte kulturelle Praktiken wehren, bei denen Frauen nicht respektiert werden und endlich Verstöße gegen die Frauenrechte bestrafen."

Tatsächlich ist mit dem neuen Gesetz eine effektive Grundlage geschaffen worden, jede Art von Gewalt gegen Frauen zu erfassen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Das Verbrechen des Femizids wird von nun an juristisch deutlicher strenger geahndet als ein anderer Mord: Während auf Mord zehn bis 20 Jahre Gefängnis stehen, drohen im Fall eines Femizids 20 bis 35 Jahre Haft. Handelt es sich bei dem Täter um einen Beamten oder wird das Verbrechen von mehr als einem Täter ausgeführt, kann die Haftstrafe sogar bis zu 50 Jahre betragen. Dasselbe gilt, wenn das Opfer geistig oder körperlich behindert, minderjährig oder im Senioren-Alter ist.

Doch das Gesetz belässt es nicht bei der strengeren Ahndung der Verbrechen, sondern bezieht sogar deren Ursachen mit in die Gesetzgebung ein. So stellt es beispielsweise auch die sexistische Darstellung von Frauen in den Medien als Form von Gewalt unter Strafe. Das führte prompt zu heftigem Widerstand, insbesondere auf Seiten der Werbebranche. „Wer soll hier das Opfer sein? Die Frau an sich oder jede x-beliebige Frau, die sich dadurch angegriffen fühlt?", so die öffentliche Reaktion von Charlie Renderos, Präsident der Assoziation der salvadorianischen Werbemedien (AMPS).

An Reaktionen wie dieser zeigt sich, dass in der salvadorianischen Gesellschaft noch immer ein großes Unverständnis darüber herrscht, dass die Herabsetzung von Frauen in der Öffentlichkeit und die hohe Frauenmordrate Teil desselben Problems sind. Der UN-Menschenrechtsrat formulierte das im Oktober 2010 in seiner Empfehlung an die salvadorianische Regierung so: „Die Tatsache, dass die Zahl der Anzeigen auf Grund von häuslicher Gewalt in El Salvador nach wie vor extrem hoch ist, obwohl bereits Bemühungen unternommen wurden, die Situation zu verbessern, zeigt das Besorgnis erregende Fortbestehen von patriarchalen und stereotypisierenden Gender-Vorstellungen, nicht nur innerhalb der Familie, sondern generell innerhalb der Gesellschaft."

Und tatsächlich ist es noch ein langer Weg zur Erlangung von universellen Frauenrechten sowie der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in El Salvador. Noch immer dominieren hier Rollen- und Geschlechterbilder, die Frauen geringer schätzen als Männer; ob im täglichen Familienalltag, in Schule oder Beruf. In Medien und Musik sind sexistische Texte und Bilder allgegenwärtig, die Frauen als Objekte darstellen, sie auf ihren Körper reduzieren und so die Gewaltbereitschaft gegen Frauen erhöhen. Laut María Evelyn Martínez, kann dieses Umfeld dazu führen, dass Gewalt gegen Frauen sogar zunimmt, wenn diese beginnen, sich für ihre Rechte einzusetzen: „Manche Männer fühlen sich gerade durch die verstärkte Mobilisierung für das Thema Frauenrechte in ihrer Hegemonie und ihrer Männlichkeit angegriffen und ‚schlagen zurück'", so die Feministin und ehemalige Direktorin des ISDEMU.

Um wirkliche Fortschritte zu erzielen, bedarf es also eines grundlegenden Wandels der Gesellschaft. Davon ist El Salvador jedoch trotz zaghafter politischer Fortschritte seit Funes' Amtsantritt noch weit entfernt. Nichts zeigt das besser als die konservative bis reaktionäre Abtreibungsdebatte und -gesetz-

gebung des Landes. Denn Abtreibung steht hier nach wie vor unter Strafe und die Situation hat sich im letzten Jahrzehnt sogar noch verschärft. Während bis zum Jahr 2000 die Abtreibung zwar illegal war, aber nicht sanktioniert und im Falle einer therapeutischen Abtreibung sogar geduldet wurde, wird inzwischen jede Form der Abtreibung mit acht bis dreißig Jahren Gefängnis bestraft.

Besonders tragisch daran ist, dass gleichzeitig die Anzahl der unter 14-jährigen gestiegen ist, die Opfer von Inzest und innerfamiliärer Vergewaltigung wurden. Sie trifft das totale Abtreibungsverbot mit am schlimmsten. Daneben sind vor allem arme Salvadorianerinnen die Leidtragenden dieser restriktiven Gesetzgebung. Denn wohlhabende Frauen können eine Abtreibung oftmals im Ausland oder in einer Privatklinik vornehmen. Unter der Armutsgrenze lebende Frauen hingegen riskieren bei einer Abtreibung nicht selten ihr Leben.

María Evelyn Martínez meint dazu: „Es sind besonders junge, arme Frauen aus ländlichen Gebieten und indigene Frauen, die Opfer von Gewalt werden. Wenn Frauen keinen Zugang zu Bildung haben, etwa weil sie früh schwanger wurden, dann werden sie leicht von einem Mann abhängig und können in eine Spirale der Gewalt geraten, der sie nicht entkommen. Gerade auch beim Thema Abtreibung wird dieser Zusammenhang deutlich." Statistiken zufolge, die von der „Regionalen Kampagne für eine freie und gewollte Mutterschaft" in Mexiko, Nicaragua, Honduras, Guatemala und El Salvador erhoben wurden, ist die Sterblichkeit von Frauen nach unprofessionell ausgeführten Abtreibungen in El Salvador die höchste in der ganzen Region.

Doch damit nicht genug. Vor allem in den ländlichen Gebieten trifft unverheiratete, junge Frauen nach wie vor die gesellschaftliche Stigmatisierung im Falle einer (nicht-ehelichen) Schwangerschaft. „Die Reaktion meiner Familie war furchtbar," berichtet beispielsweise eine junge Salvadorianerin aus Mejicanos im Norden der Hauptstadt San Salvador von ihren Erfahrungen. „Als ich 2009 plötzlich schwanger wurde, hat sich meine Mutter von einem Tag auf den anderen geweigert, mich zu sehen. Mein Vater hatte zu der Zeit Drogen- und Alkoholprobleme, mein Freund hat Schluss gemacht. Ich war also völlig alleine." Und tatsächlich stehen die jungen Frauen meist ohne jegliche Hilfe vor ihren Problemen. Staatliche Frauenhäuser oder Beratungsstellen, medizinische oder psychologische Betreuung – dafür gibt es in El Salvador kaum Geld und Mittel. Das bestätigt auch die junge Frau aus Mejicanos: „Ich war wütend auf mich selbst und hab mich gefühlt, wie eins der typischen Mädchen, das nicht aufgepasst hat. Obwohl ich schon 18 war. Die meisten Mädchen hier werden mit 14 oder 15 schwanger. Und leiden dann ihr ganzes Leben, genau wie ihre Kinder. Im Fernsehen gibt es manchmal Beiträge zu dem Thema, aber in denen wird nur allgemein vor Aids gewarnt. Wie du dich konkret schützen kannst, erklärt dir keiner. Kurz gesagt: in diesem Land bekommst du keinerlei Hilfe. Und keiner interessiert sich dafür."

Auch Präsident Mauricio Funes scheint vergessen zu haben, dass er einst etwas ändern wollte an dieser Situation. 2007 noch hatte der ehemalige Journalist öffentlich Mexiko-Stadt beglückwünscht, als dort die Straffreiheit von Abtreibungen in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen eingeführt wurde. Vor den Wahlen 2009 versprach er den feministischen Gruppen in El Salvador, die Themen Abtreibung und reproduktive Rechte aktiv anzugehen. Weil er befürchtete, dass die Abtreibungsdebatte von rechten Parteien, der Katholischen Kirche und den Massenmedien im Wahlkampf polemisiert werden könnte, sollte das Thema auf die Zeit nach dem Wahlsieg verschoben werden. Nach dem Amtsantritt folgten seinen Versprechungen jedoch keine Taten.

Der radikale Haltungswechsel, den Funes nach außen hin gezeigt hat, stößt besonders die Frauenorganisationen vor den Kopf, die auf die Einlösung des Wahlversprechens und eine Reformation der Abtreibungsgesetze gehofft hatten. Auch die neuen Privilegien des Fraueninstituts ISDEMU hielten nicht lange an. Julia Evelyn Martínez, die Mitte 2009 von Mauricio Funes als neue Direktorin von ISDEMU eingesetzt worden war, wurde bereits im Dezember 2010 wieder entlassen – offiziell wegen Vertrauensverlusts in ihre Person. KritikerInnen vermuten jedoch, dass das Präsidentenehepaar Funes hinter der Entscheidung stand, weil ihnen Martínez' Forderungen zu radikal wurden (siehe auch *LN* 440 und Interview mit Martínez in *LN* 438). Martínez' Forderung, die Abtreibungsproblematik als öffentliche Gesundheitsfrage zu diskutieren, verweigert die Regierung unter Mauricio Funes bislang hartnäckig.

Ändert sich jedoch nicht gesamtgesellschaftlich etwas daran, dass Frauen als gleichberechtigte Personen anerkannt werden, wird auch ein fortschrittliches Gesetz der Gewalt gegen Frauen kein Ende bereiten.

// Daphne Ebner

POR SER MUJERES

Nos matan por ser mujeres
nos matan queriendo atarnos
nos matan porque no pueden
doblarnos, ni amarrarnos
Nos matan por ser mujeres
nos matan queriendo atarnos
porque no pueden callarnos.

Foto: Erika Harzer

Yo la vi, iba cantando una canción
cuando un hombre la mató
porque decía que la amaba.
Yo la vi, tenía cielo y perdón
cuando su padre la mató
porque esperaba ilusionada.
Yo la vi multiplicando la ración
curando y era con pasión
cuando una bala le hizo trampa.
Yo la ví, no quiso dar más corazón
ni testamento, ni razón
por eso cuelga de una rama.

Y allí donde la sangre se detiene y se congela la razón
levanto ojos de furia que no miran más que odio sin perdón
y al filo de un tragante un sucio corazón se ahoga con terror.

La casa llena está de niños solos
de palabras sin alientos
de vestidos sin domingos.
La sangre se secó en el pavimento
y él que olvida también mata
nuevamente su recuerdo.

Nos matan por ser mujeres
(...)
nos matan porque no pueden callarnos
pasarnos, atarnos, doblarnos, callarnos ...

Letra y música: Yeco Hernández // Intérpreta: Karla Lara

KARLA LARA ist Sängerin, Künstlerin und Feministin aus Honduras. Mit 17 begann sie Mitte der 1980er Jahre mit ihrer ersten Band Protestlieder zu singen, die sich gegen die herrschenden Militärdiktaturen in Lateinamerika richteten. Damals spielte sie auch mit der legendären Gruppe Cutumay Camones für die Guerilla in El Salvador. Heute hat die 41-jährige alleinerziehende Mutter von vier Kindern ihren Traum wahr und ihr Hobby zum Beruf gemacht. Auf den Bühnen des Landes sang sie Lieder von Liebe, Alltagsgeschichten und den Utopien eines besseren Lebens. Musik ist für Karla Lara Teil der sozialen Auseinandersetzung und ihr Beitrag auf der Suche nach sozial gerechteren Lebensformen. Nach dem 28. Juni 2009 wurden die Straßen der Hauptstadt Tegucigalpa zu ihrer Bühne. Seit dem

WEIL WIR FRAUEN SIND

Sie töten uns, weil wir Frauen sind,
sie töten uns, weil sie uns fesseln möchten,
sie töten uns, weil sie uns
weder verbiegen noch festbinden können.
Sie töten uns, weil wir Frauen sind,
sie töten uns, weil sie uns fesseln möchten,
weil sie uns nicht zum Schweigen bringen können.

Ich habe sie gesehen, wie sie ein Lied sang,
da brachte ein Mann sie um,
weil er sagte, er liebte sie.
Ich habe sie gesehen, sie hatte Trost und Vergebung,
da brachte ihr Vater sie um,
weil sie guter Hoffnung war.
Ich habe sie gesehen, wie sie das Beste herausholte,
sich kümmerte und liebevoll war,
als eine Kugel ihr einen Strich durch die Rechnung machte.
Ich habe sie gesehen, sie wollte ihr Herz nicht mehr öffnen,
nichts mehr geben, nicht mehr singen,
deshalb hängt sie an einem Baum.

Und dort, wo das Blut stockt und der Verstand aussetzt,
blicke ich zornig hoch und sehe nichts als unversöhnlichen Hass,
und in der Kloake ertränkt sich ein beschmutztes Herz in Schrecken.

Das Haus ist voller allein gelassener Kinder,
voller Worte ohne Mut,
voller Kleider ohne Sonntag.
Das Blut ist auf dem Asphalt getrocknet,
und alle, die vergessen, töten
ihre Erinnerung aufs Neue.

Sie töten uns, weil wir Frauen sind,
(...)
weil sie uns nicht zum Schweigen bringen, uns nicht übergehen,
fesseln, verbiegen, zum Schweigen bringen können ...

Text und Musik: Yeco Hernández // Interpretin: Karla Lara
// Übersetzung: Katharina Salas

Putsch gegen „Mel" Zelaya engagiert sich die Künsterin aktiv in der Widerstandsbewegung FNRP. Heute übt Karla Lara jedoch nicht nur harsche Kritik am Putschregime, sondern auch an Machoallüren, die auch in der Widerstandsbewegung noch immer an der Tagesordnung sind und fordert mehr Einsatz für wirkliche Gleichberechtigung in Honduras. Ihre seit jeher politischen Texte haben in den letzten Jahren zudem ein neues Thema gefunden: die steigenden Zahlen von Frauenmorden in Honduras und der Region. Mithilfe ihrer Lieder – wie zum Beispiel des hier abgedruckten – versucht sie, für die Benachteiligung der und die strukturelle Gewalt an Frauen zu sensibilisieren.
Mehr zu Karla Lara auf www.karlalara.com; das Lied kann auf youtube.com angehört werden.

WER SCHWEIGT, MACHT SICH ZUM MITTÄTER

IN NICARAGUA STEIGT DIE ZAHL DER FRAUENMORDE BEDENKLICH AN

Verglichen mit den nördlichen Staaten Zentralamerikas und Mexikos ist die Anzahl der jährlichen Frauenmorde in Nicaragua relativ niedrig. Doch auch hier steigen die Ziffern bedenklich. Während Justiz und Polizei weiterhin in Passivität verharren, steigern Menschen- und FrauenrechtlerInnen ihren Aktivismus.

Es ist Allerheiligen in Matagalpa. Am Morgen des 2. November 2010 tummeln sich in der Kleinstadt im bergigen Norden Nicaraguas die Menschen. Zwischen EisverkäuferInnen, improvisierten Blumenständen und Pferdegespannen bahnt sich eine Menschentraube ihren Weg Richtung Friedhof. Farbenpracht und Lebendigkeit lassen den Anlass wie einen heiteren Festakt erscheinen.

Doch etwas erschüttert die allgemeine Harmonie: Ein Plakat, auf dem Vorplatz der Kirche weithin sichtbar angebracht. Es trägt die Aufschrift „Gefängnis für die Mörder, Gerechtigkeit für die Frauen." Daneben stehen FrauenrechtlerInnen um einen kleinen Altar versammelt. Sie schwenken schwarze hölzerne Silhouetten in Form von Frauenkörpern. Auf ihnen stehen die Namen der 29 Frauen, die in den vergangenen vier Jahren im Departamento Matagalpa ermordet wurden.

Für die Aktivistinnen ist Allerheiligen mehr als eine friedliche Ehrung der Verstorbenen. „Es darf nicht sein, dass von 29 ermordeten Frauen nur sieben Fälle vor Gericht gelöst worden sind!", wendet sich eine Frauenrechtlerin an die Umstehenden. „Wir alle haben die Aufgabe, das Schweigen zu brechen." Mit ihrer Aktion vor dem Friedhof wollen sie die Bevölkerung für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisieren. Auch wenn die meisten PassantInnen nur kurz stehen bleiben, die Aufmerksamkeit der Presse ist ihnen sicher. Eine Gedenkfeier für die ermordeten Frauen an diesem Datum und an diesem Ort ist zu einzigartig in Nicaragua, als dass sie von den Medien schweigend übergangen würde.

Der formellere zweite Teil des Aktionstages am Nachmittag des 2. November ist indes nicht weniger bedeutsam. In den Räumen des Frauenkollektivs Grupo Venancia trifft sich eine internationale ExpertInnenkommission, die zur Problematik der Frauenmorde in Zentralamerika forscht.

Eine Sozialarbeiterin aus dem Landkreis Waslala berichtet von der 16-jährigen Celia Hernández, die von ihrem neun Jahre älteren Ex-Freund ermordet wurde: „Sie hatte sich bereits sechs Monate zuvor von ihm getrennt, da er wiederholt gewalttätig wurde", erzählt sie. „Weil sie nicht zu ihm zurück wollte, bedrohte er sie. Als Celia dann eine neue Beziehung mit einem anderen Mann anfing, spitzte sich die Situation endgültig zu. Am Morgen des 12. Juni 2010 drang ihr Ex-Freund dann in Celias Haus ein und erstach sie."

Seitdem ist der Täter flüchtig. Und obwohl der Polizei dessen Aufenthaltsort bekannt ist, zögert sie eine ernsthafte Strafverfolgung hinaus. Den Angehörigen wurde kein Personenschutz angeboten. Die Sozialarbeiterin schildert, dass Celias Familie gerne an der Aktion vor dem Friedhof teilgenommen hätte, aus Angst vor dem Täter und dessen Angehörigen aber zu Hause geblieben sei.

Celia Hernández' Ermordung gehört zum traurigen Alltag in Nicaragua. In Ländern wie El Salvador oder Mexiko spielt neben struktureller häuslicher Gewalt vor allem auch die systematische sexualisierte Gewalt gegen Frauen durch das organisierte Verbrechen eine Rolle. Im Gegensatz dazu werden in Nicaragua fast alle Femizide im näheren, familiären Umfeld der Frau begangen. Dabei sind immer wiederkehrende Muster bei der Ermordung der Frauen erkennbar.

Das nicaraguanische Frauennetzwerk gegen Gewalt (RMCV) erfasst die Frauenmorde und deren Muster jährlich in einer Studie. Laut ihrer jüngsten Studie mit Zahlen aus 2010 handelt es sich bei den Mördern in den wenigsten Fällen um einen Unbekannten. Meistens ist es eine Person aus dem

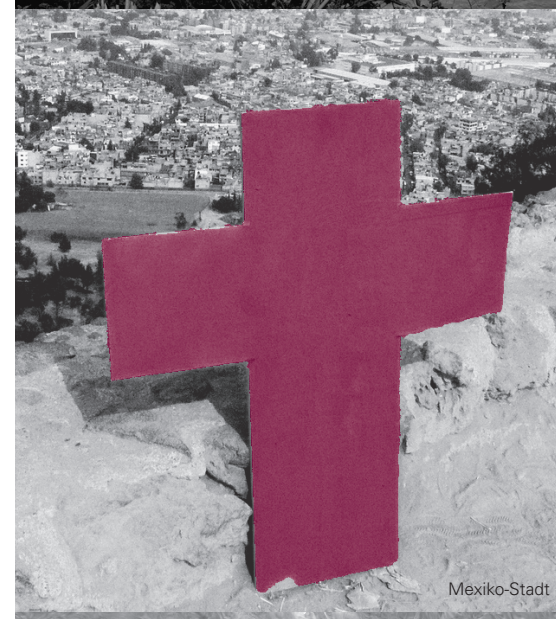
unmittelbaren Bekannten- oder Familienkreis. Das Verhältnis zu Ex-Mann, Lebenspartner, Vater oder einem anderen Verwandten oder Nachbarn ist dabei meistens schon vor der Ermordung kritisch; in fast allen Fällen gibt es eine Vorgeschichte zwischen Opfer und Täter, die von massiver körperlicher und physischer Gewalt geprägt ist. Viele der ermordeten Frauen wurden zudem vor der Tat vergewaltigt oder es gab einen Vergewaltigungsversuch.

„Der Tod der Frau ist oftmals die letzte Konsequenz, die der Mann nach oder während der Beziehung zieht – vor allem wenn es einen Trennungsversuch des Opfers gab", erläutert eine Psychologin von Grupo Venancia. Dabei spiele es keine Rolle, wie lange die Trennung schon zurück liegt: „Oft bleibt sie über Monate, manchmal auch über Jahre hinweg, ein Giftstachel für den Mann, dessen Aggressivität sich von unterschwelligen Morddrohungen bis zur Ausführung der Tat steigert."

Dass die Morde oftmals vorsätzlich geplant sind, belegen Statistiken über den Waffengebrauch. 40 Prozent der Frauen werden mit Schusswaffen aus unmittelbarer Nähe ermordet. „Sie töten, um ihre Stärke zu demonstrieren beziehungsweise sich für ihren Machtverlust zu rächen", erklärt Mónica Zalaquett vom Zentrum für Gewaltprävention die Motivation der Täter. Der Frauenmord, so ihre These, sei in zweierlei Hinsicht eine Art Revanche: Einerseits gingen dem Mord häufig Ehestreitigkeiten, Eifersucht oder eine neue Partnerschaft der Frau voraus. Andererseits sieht Mónica Zalanquett den Anstieg der Frauenmorde aber auch als Reaktion auf die langsame, aber spürbare Erosion des Patriarchats, wie sie gegenwärtig in Lateinamerika zu beobachten sei.

Die Anzahl der jährlich registrierten Femizide in Nicaragua steigt kontinuierlich: Waren es im Jahr 2007 noch 54 Frauen, stieg die Zahl 2008 um 68 Prozent auf 79 Morde. 2010 zählte das Frauennetzwerk gegen Gewalt landesweit 89 ermordete Frauen. Aus Angst vor dem Täter und seinen Angehörigen und wegen der hohen Prozesskosten erstatten die Angehörigen der Opfer oft keine Anzeige. Daher gilt als sicher, dass die Dunkelziffer der Frauenmorden weitaus höher liegt. Doch auch wenn es zur Anzeige kommt, bedeutet das noch lange nicht, dass die Täter bestraft werden. Denn mit den Frauenmorden steigt auch die Zahl der ungelösten Fälle. Weder Polizei noch Justiz ergreifen die nötigen Schritte, um die Morde aufzuklären oder die Täter ernsthaft zu verfolgen. „Wie kann es

Tacanga, Kolumbien


Mexiko-Stadt

Parque Tayrona, Kolumbien

sein, dass ein Vater am Freitag Abend mit seinen beiden kleinen Kindern vor der Polizei erscheint, um wegen der Ermordung seiner Frau Anzeige gegen sich selbst zu erstatten, die Beamten ihn aber mit dem Verweis wegschicken, er solle am Montag wiederkommen?", schildert eine Frauenrechtlerin ihre Erfahrungen mit den untätigen Behörden. Denn dass die meisten Verbrechen straflos bleiben, zeigt nachweislich Rückwirkungen auf das Verhalten der Täter: Durch die relative Sicherheit, in der sie sich wiegen, sinkt die Hemmschwelle. Wird die Situation doch einmal heikel, genügt die Flucht in ein benachbartes Departamento. Korruption und die Langsamkeit der Gerichtsprozesse führen die „Rechtsprechung" schließlich ad absurdum.

Mercedes Ampié, seit 2009 amtierende Direktorin des Sonderkommissariats für Frauen und Kinder, befindet, dass man die Ineffizienz der staatlichen Einrichtungen nicht an den Pranger stellen dürfe: „Die Zahlen der ungelösten Fälle in anderen Ländern sind viel höher", versucht sie sich zu rechtfertigen.

Zwar ist es ein erster Schritt, dass es in Nicaragua überhaupt eine spezialisierte Einheit innerhalb der Polizei gibt, die für häusliche und sexuelle Gewalt zuständig ist. Besonders aber in den ländlichen Gemeinden gibt es oft keine Vertretung des Sonderkommissariats und so haben Frauen kaum die Möglichkeit, sich dorthin zu wenden. Und selbst wenn es stimmt, dass es andernorts noch mehr ungelöste Fälle gibt, so entbindet diese Tatsache keine Regierung von der Pflicht, mit allen Mitteln gegen Frauenmorde vorzugehen. Im Gegenteil: Mehr Morde sollten zu stärkeren Bemühungen seitens des Staates führen.

Um der herrschenden Straflosigkeit ganz konkret etwas entgegen zu setzen, reichten nicaraguanische Frauen- und MenschenrechtlerInnen letztes Jahr eine Petition im Parlament ein, um ein neues und umfassendes Gesetz zum Schutz der Frau vor Gewalt auf den Weg zu bringen. Der Gesetzesvorschlag wurde jedoch vom Parlament abgelehnt (siehe auch das Interview mit Yamileth Chavarría in diesem Dossier). Weil die Aktivistinnen nicht locker ließen, wurde mittlerweile eine neue Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, die sich speziell auf den Femizid bezieht. Dadurch könnten die Frauenmorde in Nicaragua erstmals eine eigenständige Typologisierung erhalten. Zwar ist der Begriff des *femicidio* mittlerweile im Sprachgebrauch der nicaraguanischen Behörden angekommen, bis dato fehlt jedoch eine gesetzlich bindende Definition dessen, was das Spezifische an diesen Morden ist. Würde dies juristisch klar definiert, könnte es eine entscheidende Grundlage für eine effektivere Strafverfolgung bilden. „Ein Frauenmord ist ein explizit gegen die Frau gerichtetes Verbrechen. Der Tod einer Frau muss anders untersucht werden, als der eines Mannes," so ein Vertreter des Expertengremiums, das anlässlich des 2. November in Matagalpa zusammen kam.

Damit es dazu kommt, reicht jedoch kein Gesetz. Es ist dringend notwendig, dass Personal in Gesundheitswesen, Polizei und anderen Behörde sensibilisiert wird. Denn dieses reagiert oftmals nicht angemessen, wenn misshandelte Frauen ins Krankenhaus eingeliefert oder Fälle von häuslicher Gewalt zur Anzeige gebracht werden. Als im August 2010 eine 41-jährige Frau ins Krankenhaus eingeliefert wurde und nach wenigen Stunden starb, gaben die zuständigen ÄrztInnen als Todesursache die starken Blutungen einer Fehlgeburt an. Der Fall wurde daraufhin zu den Akten gelegt, obwohl die Angehörigen bei der örtlichen Polizeidienststelle Anzeige erstattet hatten. Schläge des Lebensgefährten hatten nicht zum ersten Mal zum Verlust eines ungeborenen Kindes geführt; der Familie war die Gewalttätigkeit des Mannes schon lange bekannt. Dennoch nahm die Polizei keine Ermittlungen auf. Seitdem werden die Verwandten der Toten von deren ehemaligem Lebensgefährten derart bedroht, dass sie auf eine Anklage verzichteten.

Damit sich an dieser Situation zumindest juristisch endlich etwas ändert, hoffen Frauenrechtlerinnen nun auf die Verabschiedung des neuen Gesetzesvorschlags durch das Parlament, auch wenn sie darin nur einen ersten Schritt sehen. Denn besonders in einem Land wie Nicaragua, in dem Frauen der Zugang zum Justizsystem oft noch immer verweigert wird und Gesetze nicht korrekt angewandt werden, ist ein neues Gesetz nur ein Baustein hin zu einem umfassenden Schutz der Frauenrechte. „Es ist leicht, Gesetze zu beschließen, aber unheimlich schwer eine Kultur zu verändern", bringt es eine der Aktivistinnen auf dem Friedhof in Matagalpa an Allerheiligen auf den Punkt. Deshalb sei es umso nötiger, die Augen und vor allem die Münder zu öffnen: „Die Toten können keine Gerechtigkeit mehr fordern. Das müssen die Lebenden machen. Und wer schweigt, macht sich zum Mittäter!"

// Antonia Bihlmayer

„ICH KRÄCHZE DIE NAMEN DER TÄTER HERAUS“

INTERVIEW MIT DER NICARAGUANISCHEN FEMINISTIN YAMILETH CHAVARRÍA

Allein 2010 wurden in Nicaragua 89 Frauen ermordet. Die *Lateinamerika Nachrichten* sprachen die Feministin und Radiomoderatorin Yamileth Chavarría über den gewaltbereiten Machismo in Staat und Familie sowie die Notwendigkeit von Feminismus.

Ihr Radio Palabra de la mujer, auf deutsch „Stimme der Frau“, sendet sieben Tage die Woche zwölf Stunden am Tag feministische Inhalte. Wie ist es dazu gekommen?

Unser Sender ist aus besonderen Umständen und einer politischen Notwendigkeit entstanden. Als nach dem Hurrikan Mitch 1998 viele Telefonleitungen zerstört waren und die Gegend um Bocana de Paiwas praktisch von der Außenwelt abgeschnitten war, suchten wir in unserem Frauenzentrum nach einer Möglichkeit, mit den Frauen auf dem Land zu kommunizieren. Die Dörfer liegen ja sehr weit verstreut – und allen Frauen mitzuteilen, dass es bei uns zum Beispiel eine gynäkologische Untersuchung gibt, war schon vorher kaum möglich. Aber auch private Botschaften können im Radio besser vermittelt werden, etwa wer wann nach Hause kommt oder wer wen mal kontaktieren soll. Die Reichweite des Senders ist ungefähr 80 Kilometer, in diesem Umkreis leben rund 40.000 Menschen. Das Radio wurde zu einem Ersatz-Telefon, allerdings zu einem, bei dem alle mithören können.

Darum geht es ja in Ihrer Sendung ...

Ganz genau. Jeden Morgen verstelle ich meine Stimme. Ich bin dann eine alte Frau von fast hundert Jahren, die eine Kristallkugel befragt, eine Hexe eben. In meiner Kugel sehe ich, welcher Mann einer Frau Gewalt angetan hat, wer das Familieneinkommen versäuft und Ähnliches. Ich krächze die Namen der Täter heraus und gebe den Frauen eine Stimme. Denn um die Gewalt zu bekämpfen, muss man zunächst das Schweigen brechen.

Foto: CIR

YAMILETH CHAVARRÍA

Man nennt sie auch die „Nachrichten-Hexe“. Jeden morgen weckt die Radiomoderatorin Yamileth Chavarría (Foto rechts) die BewohnerInnen von Bocana de Paiwas im ländlichen Nicaragua mit wenig erfreulichen Neuigkeiten: über Frauen, die geschlagen und misshandelt, junge Mädchen, die missbraucht und vergewaltigt wurden. Sie nennt die Namen der Täter und beendet das Schweigen über Gewalt an Frauen, die in Nicaragua kaum verfolgt wird. Dabei erlebt dort statistisch gesehen jede dritte Frau Gewalt, in vielen Fällen durch den eigenen Vater oder Ehemann.

Wer erzählt Ihnen von den Geschehnissen?

In den allermeisten Fällen bekomme ich Briefe. Eine Nachbarin hat Schreie gehört oder eine Freundin wird Zeugin. Es ist aber auch schon vorgekommen, dass die Betroffene selbst im Sender vorbeigekommen ist und davon berichtete. Einige wollen ihrer Wut und Verletzung selbst vor dem Mikrofon Luft machen. ‚Nein, ich brauche keine Hexe!‘, heißt es dann. Natürlich prüfen wir immer, ob die Vorwürfe auch der Wahrheit entsprechen und holen gegebenenfalls eine zweite Meinung ein.

Und haben Ihre Denunziationen konkrete Auswirkungen?
Ich denke, dass sich die Männer hier in der Gegend mehr zusammenreißen, seit es die Nachrichten-Hexe gibt. Keinem Mann gefällt es, öffentlich bloßgestellt zu werden. Das Bewusstsein dafür, dass Gewalt gegen Frauen ein Unrecht ist, ist gestiegen. Unsere Sendung setzt aber auch die Institutionen unter Druck, insbesondere die Polizei, die in der Regel Vorwürfen nicht nachgeht. Nur zwischen ein und fünf Prozent der Gewalttaten gegen Frauen kommen in Nicaragua überhaupt vor Gericht.

Der Staat ist also weniger ein Partner als ein Feind im Kampf für die Frauenrechte?
Im vergangenen Jahr sind wir in der Nationalversammlung mit unserem Antrag gescheitert, Frauenmord als Straftatbestand zu etablieren. Denn *feminicidio* ist etwas anderes als ein gewöhnlicher Mord. Frauen werden nur getötet, weil sie Frauen sind. Am selben Tag, an dem unser Antrag scheiterte ,wurde eine Gesetzesnovelle über die Ausweitung des Tierschutzes mit großer Mehrheit angenommen. Das zeigt, welche Wichtigkeit man Frauenrechten in Nicaragua einräumt.

Sie können mit diesem Thema ja auch eine ganze Radiosendung bestreiten.
In Nicaragua wird die Gewalt gegen Frauen nicht weniger, sondern immer mehr. Ich vergleiche sie immer mit einer Epidemie, einer gefährlichen Krankheit, die sich ausbreitet und zu Toten führt. Eigentlich müsste der Staat den Ausnahmezustand ausrufen. Aber in Nicaragua fehlt dafür schlicht der Wille. Das ist klar daran zu sehen, wie die Regierung ihre politischen Prioritäten setzt. So hat Daniel Ortega der Polizeichefin Aminta Granera, die wichtige Arbeit für die Aufklärung und Verfolgung von Frauenmorden geleistet hat, prompt die Mittel gekürzt. Ortega initiierte 2006 zudem die Novelle des Abtreibungsgesetzes, das heute zu den restriktivsten weltweit gehört.

Feminismus und Sandinismus haben heute also keine Überschneidungen mehr?
Nein, zumindest dann nicht, wenn man sich ernsthaft als Feministin bezeichnen will. Als die Sandinisten (2007; Anm. d. Red.) an die Macht gekommen sind, wollten sie unser Frauenzentrum schließen und das Radio abschaffen. Der Sandinismus von heute ist eine politische Farce, eine Oligarchie, die mit allen Mitteln an der Macht bleiben will. Mehr nicht.

Aber ganz ohne den Staat erreichen Sie doch auch nichts.
Das stimmt sicher. Aber wir halten uns an lokale Akteure, insbesondere an Vertreter aus dem Erziehungs- und Gesundheitsministerium. Mit ihnen arbeiten wir gut zusammen, beispielsweise in der gesundheitlichen Aufklärung und bei den gynäkologischen Untersuchungen, die in den Räumen unseres Frauenzentrums stattfinden. Aber wir übernehmen keine Aufgaben, die unserer Meinung nach der Staat übernehmen müsste. Hier gibt es zum Beispiel keine Unterkunft für Frauen, denen Gewalt widerfahren ist, auch wenn das notwendig wäre. Auch gibt uns der Staat kein Geld für unsere Arbeit.

Wie sieht der Alltag in Nicaragua aus? Wie artikuliert sich hier die Gewalt gegen Frauen?
Der Machismo ist hier Teil der Alltagskultur und wird doch täglich neu gelernt. Er ist stets gewaltbereit. Ein Beispiel für seine Verbreitung ist die populäre Musik, die man hier praktisch permanent hört, die *música ranchera*. Ihr Rhythmus ist sehr eingängig, aber ihre Texte haben es in sich. Da singen Männer stolz davon, wie sie ihre Frau ‚züchtigen', weil sie eine ‚Stute ist, die keine Zügel mag'. In einem anderen Lied heißt es im Refrain ‚Bestrafe mich!' – gesungen von einer Frau! Da kommt es dann schon mal vor, dass der Moderator im Radio lautstark einstimmt mit den Worten ‚Gib's ihr, schlag sie!'.

In ihrer Sendung läuft also keine Musik?
Doch natürlich, denn Musik zu verbieten würde ja nun wirklich nichts bringen. Aber wir machen die Hörerinnen und Hörer auf den Inhalt der Lieder aufmerksam. Sie sollen wenigstens genau hinhören, was da gespielt wird.

Mit ihrer Radiosendung machen Sie sich täglich neue Feinde. Haben Sie manchmal Angst?
Mein Vater hat immer gesagt: Besser für eine gerechte Sache sein Leben lassen, als einsam am Herd zu krepieren. Das klingt erstmal brutal. Aber eigentlich ist es ganz einfach: Wenn man gesellschaftlich etwas bewirken will, kann man sich Angst nicht leisten.

// Interview: Jessica Zeller

// ZUM WEITERLESEN UND -GUCKEN

ALLGEMEIN:

Portal zu Frauenmorden in spanischsprachiger Welt: http://feminicidio.net

Schwerpunkt in ila Nr. 317 (August 2008): http://www.ila-bonn.de/artikel/ila317/cdjuarez_feminicidios.htm

Links zu Feminizid in Lateinamerika: http://fdcl-berlin.de/de/projekte/fdcl-projektuebersicht/fdcl-feminizid-und-straflosigkeit-in-lateinamerika-die-struktur-der-gewalt-gegen-frauen/

Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt" der Christlichen Initiative Romero CIR: www.ci-romero.de

MEXIKO UND CIUDAD JUÁREZ, CHIHUAHUA:

http://www.hijosmexico.org

http://www.oeku-buero.de/frauenmorde-in-mexiko.html und http://www.oeku-buero.de/consorcio.html

http://www.justiciaparanuestrashijas.blogspot.com/

Angehörigenorganisation „Nuestras Hijas Regreso a Casa": http://www.mujeresdejuarez.org/ und http://nuestrashijasderegresoacasa.blogspot.com/

Zum Fall „Campo Algodonero", der vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof verhandelt wurde: http://www.campoalgodonero.org.mx/

DOKUMENTARFILM ZUR RADIOHEXE:

Susanne Jäger *Das Dschungelradio* (Deutschland 2009), 90 Min.

MUSIK UND TEXTE ZU FEMICIDIO:

Karla Lara *Por ser mujeres*. www.karlalara.com

Gaby Baca *Vaca Loca* Die nicaraguanische Rapperin versucht, mit ihrer Persiflage auf die machistischen Reggaeton-Musik für das Thema der Gewalt an Frauen zu sensibilisieren. Das Lied kann auf youtube.com angehört werden.

IMPRESSUM

// Dossier Nr. 3 der *Lateinamerika Nachrichten*
Erscheint als Sonderbeilage innerhalb der LN 444 (Juni 2011) sowie als separate Themenbroschüre.
Redaktion: Redaktionskollektiv der *Lateinamerika Nachrichten*
// **V.i.S.d.P.**: Olga Burkert und Anna Schulte
Titelbild: Das Coverfoto von **Anabel Zaragoza** wurde in Guadalajara, Mexiko, aufgenommen und gehört zu einer Protestaktion der Organisation H.I.J.O.S. México anlässlich der Ermordung von Marisela Escobedo.
// Adresse:
Gneisenaustr. 2a, D - 10961 Berlin // Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
E-Mail: redaktion@LN-Berlin.de // Bestellungen an: abo@LN-Berlin.de
// www.lateinamerika-nachrichten.de
// Dieses Dossier wurde finanziell gefördert von der AG Frauen der Stiftung Umverteilen!

Umverteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt

ÜBER LN

Die *Lateinamerika Nachrichten* (LN) sind eine Monatszeitschrift, die seit 1973 solidarisch, kritisch und unabhängig über aktuelle Entwicklungen sowie Hintergrundthemen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik berichtet. Mit einer differenzierten und kritisch-solidarischen Berichterstattung möchten wir nicht nur Informationsquelle sein, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse genau analysieren und kritisch hinterfragen.
Die LN wollen sich nicht abfinden mit einer globalen (Un-)Ordnung, in der ein großer Teil der Menschheit in Armut und Unterdrückung lebt sowie von gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ausgeschlossen ist. Reflexion und Kritik der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd sind deshalb wichtige Impulse für unser publizistisches Engagement. Neben Analysen, Reportagen und Interviews zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen berichten wir über Literatur, Film und Musik.
Umfangreiches Archiv sowie Informationen zu Abonnements und Preisen unter:
www.lateinamerika-nachrichten.de

Vancouver